

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 4. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,40...

Anzeigenpreise: Die einseitige Koppreiße... 10 Pfennig

China und die Mächte.

Einberufung einer internationalen Konferenz durch Amerika?

Paris, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Washington beabsichtigt die U.S.A.-Regierung die Einberufung einer internationalen Konferenz...

England schickt Heber Kriegsgesetz.

London, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die englischen offiziellen Stellen haben sich auf den Vorschlag des Präsidenten Coolidge zur Einberufung einer China-Konferenz...

London, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die britischen Truppen in Kanton erhielten am Freitag eine große Dampferladung Kriegsgesetz...

China und die Arbeiterschaft.

Proteste in allen Ländern.

Die Ereignisse in China haben in den Reihen der internationalen Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo gefunden. In einer großen Zahl von Ländern haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen...

Die Großmächte Europas, Amerikas, Asiens stehen bewaffnet auf chinesischem Boden. Vor den Häfen liegen ihre Kreuzer; ihre Landungsstruppen sind bereit einzuzugreifen...

Neben diesem „weißen“ Imperialismus greift auch der rote Imperialismus der Sowjetregierung in die Mächte...

Der Vormarsch in Holland.

Die Sozialisten stärkste Partei.

Amsterdam, 3. Juli. (CP.) Nach den vollständigen Berichten haben die Rechtsparteien im ganzen 58, die Linksparteien 42 Sitze erhalten. Der Block der Linken bleibt somit in der Minderheit...

Der deutsch-polnische Wirtschaftszwist.

Strzynski winkt ab.

In der letzten Sitzung der vereinigten Finanz- und Budget-Kommissionen des Warschauer Sten hatte Ministerpräsident Strzynski aus dem polnischen Vortrags den Ausdruck „Wirtschaftskrieg“ eliminieren wollen...

schaffen ein, die den Bürgerkrieg im Gebiet zwischen Kanton und Yunnan entfachen und schüren. Schon ist die Zahl der Streikenden in China von 50 000 auf mehr als 300 000 gestiegen.

Das chinesische Volk haßt die Ausländer nicht. Es verteidigt nichts als seine Unabhängigkeit, die seit langem durch die Eingriffe des internationalen Kapitalismus und Imperialismus verkürzt wurde.

Der Aufruf fordert zum Schluß die Arbeiter aller Länder auf, ihren Einfluß auf ihre Regierungen auszuüben, „damit diese sich jeder militärischen Intervention in China enthalten, das System der ausländischen „Konzessionen“...

Die Exekutive der englischen Arbeiterpartei hat gemeinsam mit dem Generalrat des englischen Gewerkschaftsbundes eine Resolution beschlossen, in der unter Hinweis darauf, daß die unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Unruhen in China die schändlichen Arbeitsbedingungen...

1. Es sollen sofort Schritte unternommen werden, um in den Vertragshäfen die Vorschläge der Schanghai-Kommission zur Untersuchung der Kinderarbeit durchzuführen...

2. Das System der extraterritorialen Gebiete, wie es in China besteht, wo es mit Waffengewalt eingeführt wurde, ist herausfordernd und gefährlich und soll sobald als möglich durch eine internationale Konferenz aufgehoben werden...

Eine scharfe Resolution der amerikanischen Sozialisten (Organisation New York der amerikanischen sozialistischen Partei) stellt fest, daß „alle kapitalistischen Großmächte sich mit Waffen zusammengetan haben, um die armseligen chinesischen Arbeiter in die Sklaverei zurückzutreiben“...

Deutschland die Meistbegünstigung zu gewähren. Die Verhandlungen seien, wie der polnische Außenminister mit Nachdruck hervorhob, nicht endgültig abgebrochen.

Frankreichs Budget angenommen.

Neue Lebensmittelauflage.

Paris, 3. Juli. (WZB.) Die Kammer hat ihre Nachtigung heute vormittag um 7 Uhr 25 Minuten beendet und die Beratung über das Einnahmebudget für das Jahr 1925 zu Ende geführt.

Faschisteneinbruch in die Schweiz.

Ein Tourist überfallen, Grenzbeamte beschossen.

Genf, 3. Juli (Eigener Drahtbericht.) Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am 29. Juni bei Bella im Kanton Tessin ein erster italienisch-schweizerischer Grenzwirtschaftsfall.

Die griechische Volksregierung will auch Umstellungen in der Diplomatie vornehmen, und den Gesandten in Belgrad, Zamoras, nach Berlin, und den Berliner Vertreter, Kaniopulos, nach Belgrad versetzen.

Vorgefacht im Reichstag.

Die Sozialdemokratie fordert Klarheit.

Der Reichstag hat gestern einstimmig seinen Präsidenten beauftragt, mit der Regierung wegen der Anberaumung einer Debatte über die auswärtige Politik in Fühlung zu treten.

Der Beschluß des Reichstags ist für die Regierung, die bei der ganzen langen und stürmischen Geschäftsordnungsdebatte nicht anwesend war, zwar keine entscheidende Niederlage, aber eine erhebliche Blamage.

Hätte das Zentrum gestern mit BIRTH gestimmt, so wäre die Luther-Regierung heute so gut wie erledigt. Fehrenbach erklärte sich mit den sachlichen Argumenten BIRTHS einverstanden — rettete aber die Regierung, indem er dem scharf oppositionellen Antrag der Sozialdemokraten die Spitze abbog.

Fraglich aber ist dabei geworden, ob die Regierung selbst dieses Leben noch verdient. Wo ist denn ihre Mehrheit? Der Zwist zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei ist mit Mühe und für den Augenblick beigelegt — aber da tut sich, noch nicht ganz unüberbrückbar, aber doch deutlich sichtbar und tief lassend eine Kluft zwischen den Rechtsparteien und dem Zentrum auf.

Wohl ist eine taktische Koalition vorhanden, die durch die Furcht vor einer Regierungskrise zusammengehalten wird, aber diese taktische Koalition ist in keiner Beziehung und in keinem wesentlichen Punkte eine Meinungsgemeinschaft.

So zum Beispiel ist es jetzt schon klar, daß für die Mindestzölle auf Brotgetreide im Reichstag eine überzeugte Mehrheit nicht vorhanden ist.

Dieselbe Gefahr besteht auch auf außenpolitischem Gebiet. Die Deutschnationalen sind Gegner des Memorandums vom 9. Februar, sie sind Gegner der mit diesem Memorandum eingeleiteten Außenpolitik, und sie sind sachlich mit dieser Gegnerlichkeit im Reichstag isoliert.

Der Wunsch, eine Regierungskrise herbeizuführen, ist in diesem Augenblick wohl auf keiner Seite brennend. Lächerlich sind die Versuche der Rechten, die sozialdemokratische und die demokratische Presse als „Krisenmacherin“ hinzustellen.

was sie will und daß die „größte Regierungspartei“, die Deutschnationalen Partei, Herrschaftsgelüste entwickelt, die zu ihrem schwindenden Anhang im Volke und zu ihrer inneren Zerküftung in schneidendem Kontrast stehen.

Ein Sturm des Beifalls raste gestern durch die linke Seite des Reichstags, als Breitscheid den Deutschnationalen zurief, sie wollten schon „Elsaß-Lothringen preisgeben“, sie wollten nur zuvor wissen, ob sie auch den Zoll von 5,50 M. bekämen. So ist es in der Tat, daß diese Partei, die an allen Idealen banterot ist, die alle ihre Wähler enttäuscht und betrogen hat, nur noch das einzige Ziel vor Augen sieht, dem materiellen Gewinnstreben ihrer eigentlichen Auftraggeber, einer kleinen Herrschicht, Genüge zu tun.

Die Cuno-Regierung endete mit einem großen Kladderadatsch. Wenn die Luther-Regierung noch nicht ganz so weit ist, so verdankt sie das nicht ihrem Geschick und nicht ihrer Zusammenfassung, sondern nur der Gunst der Umstände. Aber in dem großen Müddelmüddel, der auf dem Wege zum Kladderadatsch liegt, sind wir schon wieder mitten drin.

Unter diesen Umständen kann die Opposition auf eine klärende Aussprache im Reichstag nicht verzichten. Die Regierung soll heute dem Reichstagspräsidenten sagen, ob sie zu ihr bereit ist.

Neuer Angriff auf Stresemann.

Die Deutschnationalen decken den Schiele-Brief.

Die Deutschnationalen Volkspartei übernimmt offiziell den Beweis, daß Minister Schiele mit gutem Recht in seinem Briefe vom 25. Mai behauptet habe, er kenne den Inhalt des Memorandums nicht. Sie läßt durch das Nachrichtenbureau des BdZ. erklären:

„Weder die Öffentlichkeit noch das Kabinett haben den Wortlaut des Memorandums vor seiner Veröffentlichung kennengelernt, und ferner hat auch der Außenminister in seinen vielfachen Darlegungen über den Inhalt des Memorandums wichtigste Punkte nicht berührt. Weder im Reichsrat am 15. März noch im Auswärtigen Ausschuss am 18. März noch endlich bei der Aussprache im Kabinett am 24. März sind Angaben über die Punkte gemacht worden, welche die Entmilitarisierung des Rheinlandes, den Schiedsvertrag mit Frankreich und die Möglichkeit der Kombination mehrerer oder aller im Memorandum gegebenen Anregungen betreffen. Minister Schiele war also durchaus im Recht, wenn er in seinem Brief zum Ausdruck brachte, daß er den Inhalt des Memorandums nicht kannte. Tatsächlich haben ja auch die Darlegungen des Außenministers nur den Gedanken wiedergegeben, der dem Memorandum zugrunde liegt, dagegen nicht seine genaue Formulierung. Die genaue Kenntnis des Wortlauts allein oder hätte Minister Schiele Veranlassung geben können, Bedenken gegen das Memorandum zu erheben.“

Diese Erklärung ist noch ungeheurer als der Brief Schieles vom 25. Mai. Nicht nur Schiele, sondern auch das Kabinett soll den Inhalt des Memorandums nicht gekannt haben! In dieser Behauptung liegt eine Beschuldigung nicht nur gegen den Außenminister, sondern auch gegen den Reichskanzler, zugleich aber auch eine Diskreditierung aller Kabinettsmitglieder, deren politische Fähigkeiten der Öffentlichkeit in einem eigenartigen Lichte gezeigt wird.

Vor allem aber ist diese Erklärung ein neuer vehementer Angriff gegen den Reichsaußenminister Stresemann. Es wird ihm bewußte Verheimlichung wichtigster Punkte vorgeworfen. Die Vorwürfe der wilden Männer in der Deutschnationalen Partei, die seinen Rücktritt fordern, werden offiziell aufgenommen. Die „Einigkeit“, die durch das Pronunziamento der Deutschen Volkspartei hergestellt worden ist, wird durch einen neuen deutschnationalen Kononenschuß schon wieder gestört.

„Einigkeit“.

Eine Tagung der Vertrauensleute des Landesverbandes Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei, die

gestern stattfand, sagte, wie die „Voss. Zig.“ berichtet, folgende Entschliebung:

Die führenden Vertreter aller Bezirksverbände und Ortsgruppen des Landesverbandes Sachsen der Deutschnationalen Volkspartei haben in gemeinsamer Tagung mit den Reichstagsabgeordneten des Landesverbandes und den Abgeordneten der deutschnationalen Fraktion des sächsischen Landtages den Bericht ihres Spitzenkandidaten Dr. Duraaz über die außenpolitische Lage entgegengenommen und danach mit Genehmigung festgesetzt, daß entgegen den Behauptungen der gegnerischen Presse die Deutschnationalen Volkspartei und ihre Minister im Reichskabinett das eigenmächtige Sicherheitsangebot des Reichsaußenministers Dr. Stresemann nicht billigen, nicht deken und nicht zu beantworten haben. Die Versammlung spricht einmütig die bestimmte Erwartung aus, daß die Partei alle Mittel daran setze, durch ihren Einfluß in der Reichsregierung oder nötigenfalls durch Uebergang zur Opposition einen Abschluß des Sicherheitspaktens zu verhindern. Die gleiche Forderung gilt bezüglich des Eintritts in den Völkerbund und der Beantwortung der feindlichen Entwaffnungsnot.

Rechberg und „Kreuz-Zeitung“.

Also doch finanzielles Interesse.

Wir hatten auf die Verschleierungsversuche der „Kreuz-Zeitung“ über ihr Verhältnis zu Herrn Arnold Rechberg mit der eindeutigen Frage geantwortet, ob Herr Rechberg finanziell an der „Kreuz-Zeitung“ interessiert sei oder nicht. Auf diese Frage antwortet uns zwar nicht die „Kreuz-Zeitung“, wohl aber Herr Rechberg persönlich mit folgendem Schreiben:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Es ist im „Vorwärts“ wiederholt gesagt worden, daß ich finanziell an der „Kreuz-Zeitung“ beteiligt sei. Das ist nicht richtig. Nicht ich persönlich, sondern Wintershall hat sich an der „Kreuz-Zeitung“ beteiligt. Allerdings bin ich Gewerke von Wintershall und mein Bruder, der Kommerzienrat Friedrich Rechberg, vertritt unseren Besitz im Grubenvorstand der Gewerkschaft Wintershall, dessen Vorsitzender er ist.

Daß Wintershall auf eine Beteiligung an der „Kreuz-Zeitung“ einging, ist um so natürlicher, als die Leser der „Kreuz-Zeitung“ vielfach Landwirte sind und als die Interessen der Landwirtschaft und der Kaliindustrie durchaus übereinstimmen. Beide, die Landwirtschaft und die Kaliindustrie, haben ein Interesse daran, die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland zu steigern. Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion aber würde dem gesamten deutschen Volke zugute kommen.

Was die Fragen der äußeren Politik angeht, so hat Graf Westarp erklärt, daß gegen Interessengemeinschafts-Verträge zwischen deutschen und französischen Industriegruppen nichts einzuwenden sei, wie die deutsche Kaliindustrie mit der französischen Kaliindustrie einen solchen Zusammenschluß getätigt habe. Der deutsch-französische Kali-Zusammenschluß liegt auch durchaus in den Richtlinien der von dem Generaldirektor des Wintershall-Konzerns, Herrn August Rosterg, und von mir seit langem in der Presse befürworteten Außenpolitik.

Bei Abschluß des Interessengemeinschafts-Vertrages zwischen der deutschen und der französischen Kaliindustrie ist für die Führer der deutschen Kaliindustrie sicherlich über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus die patriotische Absicht maßgebend gewesen, daß auf diesem Weg politische Vorteile für Deutschland erreicht würden. Diese Erwartung hält Graf Westarp für zu weitgehend.

Ich darf Sie bitten, diese tatsächliche Richtigstellung veröffentlicht zu lassen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Arnold Rechberg.

Es steht also fest, daß Herr Arnold Rechberg finanziell an der „Kreuz-Zeitung“ interessiert ist, es steht ferner fest, daß ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse zwischen dieser Zeitung und der sie finanzierenden Gruppe besteht. Und schließlich steht fest, daß die Finanzierung der „Kreuz-

Zeitung“ durch den Wintershall-Konzern erfolgt ist auf Grund einer Verständigung zwischen dem Grafen Westarp und dem Konzern über die Fragen der Außenpolitik, wobei der Wintershall-Konzern dem Grafen Westarp in der Ruance eine gewisse Lizenz läßt.

Sanierungskredite für Krupp?

20 Millionen Vorschuß des Reichs?

An der Berliner Börse verlautete, daß ein westlicher Konzern nach dem Vorgang des Stinnes-Konzerns bei der Seehandlung ebenfalls einen Kredit von 20 Millionen n dringend beantragt habe. Es kann sich dabei nur um die Firma Krupp handeln, von deren Geldmangel schon seit einigen Tagen an der Börse die Rede war. Das „Berliner Tageblatt“ versteht die Angabe, daß es sich um Gelder zur Lohnzahlung handle, mit einem Fragezeichen. Eine Wiener Quelle behauptet neuerdings wieder, daß die Reichsregierung die Firma Krupp mit 20 Millionen bevorzugen habe. Wir vergleichen das, um der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Bereits am 26. Juni hat unser Frankfurter Parteiblatt das Gerücht verzeichnet, ohne daß sich die Reichsregierung bis heute zu einer Gegenüberung veranlaßt gesehen hätte. Wenn Krupp an die Seehandlung, die Reichsbank oder das Reich tatsächlich mit Kreditanträgen herantreten sein sollte, so wäre dieser Schritt die einfache logische Konsequenz aus dem Verhalten der öffentlich-rechtlichen Bankinstitute im Falle Stinnes. Krupp würde sich mit vollem Recht darauf berufen, daß ihm billig sein muß, was dem Hause Stinnes recht ist. In dem Verlangen Krupps wäre auch der Beweis dafür erbracht, zu welchen unabsehbaren Konsequenzen die Stützung der Privatfirma Stinnes angesichts der hochkritischen Verhältnisse in der deutschen Kreditwirtschaft führen muß. Auf diese Konsequenzen haben wir von vornherein nachdrücklich hingewiesen. Sollte die Behauptung von dem 20-Millionen-Vorschuß des Reichs auf Tatsachen beruhen, so läge der skandalöse Fall vor, daß das Reich mit öffentlichen Mitteln einen Selbsterlöschungs- und Liquidationsprozeß aufhält, der für die gesamte deutsche Produktions- und Kreditwirtschaft eine Notwendigkeit ist.

Das Aufwertungskompromiß verschlechtert.

Das Aufwertungs-gesetz im Ausschuss erledigt.

In seiner Freitagssitzung führte der Aufwertungsausschuss die ganze dritte Lesung der umgearbeiteten Vorlage durch. Dabei wurden neben geringfügigen Verbesserungen noch einige Verschlechterungen gegenüber den Beschlüssen der zweiten Lesung von den Mehrheitsparteien durchgeführt. So wurden z. B. die Vorschriften, daß eine nach dem 31. Januar 1925 neu eingetragene Hypothek, wenn die Eintragung in der Absicht, den alten Gläubiger zu schädigen, erfolgt ist, angefochten werden kann, dahin geändert, daß die Beweislast dem Gläubiger ausgedrückt wird. Weiter wurde der Beschluß in zweiter Lesung, der für die unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig zurückzahlenden Teilbeträge einen Höchstbetrag festsetzt, aufgehoben und dahin geändert, daß nur die Rückzahlungen von höchstens 10 Prozent des Aufwertungsbeitrages innerhalb eines Jahres, in keinem Falle aber mehr als 1000 Mark, verlangt werden können.

Sodann wurde ein neuer Paragraph eingefügt, der den Besitzern von unter Zwangswirtschaft stehenden Grundstücken Schutz gegen Aufwertung gewährt. Eine kleine Verbesserung wurde erreicht bei den Vorschriften über die Aufwertung der Sparassenscheinlagen. Es fand ein Antrag Kell (Soz.) Annahme, wonach die Länder, die für die Ablösung von kleinen Beträgen bei der Verteilung der Teilungsmasse nicht berücksichtigt werden, Vorschriften treffen können. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag Dr. Leber (Soz.), der die Zweifelsfrage, ob Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber als Vermögensanlage zu behandeln seien, verneinend entscheiden und damit diese Einlagen der freien Aufwertung unterstellen wollte. Endlich wurde gemäß einem Antrag der Regierungsparteien beschlossen, daß bei der Gewährung öffentlich-rechtlicher Fürsorge Bezüge aus aufgewerteten Privatforderungen oder öffentlichen Anleihen zulassen bis zu 270 Mark nicht angerechnet werden.

Damit ist die Ausschusssitzung über das Aufwertungs-gesetz beendet. Etwa 3000 Petitionen wurden für erledigt erklärt. Dem Ausschuss liegt nun noch die zweite Lesung des Gesetzes über die Anleiheablösung ob.

Vom Geist des Radio.

Von Erich Gottgeireu.

Wir zählen heute in Deutschland ungefähr 800 000 Rundfunkhörer. In einem Jahr wird sich diese Zahl verdoppelt haben, in zwei Jahren vielleicht verdreifacht. Zu bedenken, daß „Hörer“ bei dieser Aufstellung gleichbedeutend ist mit Abnehmer, indes die Menge der wirklichen Teilnehmer bedeutend größer und in reinstem Wortsinne unzählbar ist.

Dieses Rechenexempel, dessen Richtigkeit sich vielleicht im Speziellen, keinesfalls aber im Grundsätzlichen anzuweisen läßt, verlangt Stellungnahme: Freude oder Bedauern, Lust oder Unlust. Jeder ist irgendwie — meistens uneingestanden und graduell verschieden — für oder gegen das Theater, für oder gegen das Kino, Rundfunk, der neueste aller Kulturaktoren, hat daselbe Recht auf jedermanns Entschluß und Wertung.

„Hier stoß ich schon.“ Kann man Radio ohne weiteres als Kulturfaktor bezeichnen? Kultur ist immer etwas Geistiges, Persönliches, Beglückendes, unmittelbare Verbindung mit dem Göttlichen. Kultur ist zunächst nicht das Vergröbernde und Vergrößernde, das Raffige und Volkstümliche, das Mechanische, Amerikanische und Entsetzliche. Aber dieses „Zunächst“ ist sehr wichtig, denn es ereignet sich häufig genug der Fall, daß das Raffigste, das Mechanische und das scheinbar Seselesose beglückende Werte vermittelt. Wenn wir „etwas davon haben“, dann wird die Zivilisation, die vielgeschriebe, zur Kultur.

Und vom Radio haben sehr viele etwas. Regelmäßiger Besuch von Theatern, Konzerten, Vorträgen und Filmen stößt besonders bei der wertfähigen Bevölkerung auf kaum zu überwindende Schwierigkeiten. Vom Finanzellen ganz abgesehen, bringt das „Ausgehen“ auch oft soviel Unquemlichkeiten mit sich, daß das Unalltägliche und das Festliche von vornherein auf ein Minimum reduziert wird. „Kunst zu Hause“ hat nicht mehr die sentimentale Bedeutung von ehedem. Diese Parole ist vollaus berechtigt in einer Epoche, in der Zeitüberschuß, Finanzmangel und Nerventkräfte in beängstigendem Maße abnehmen. Andererseits schwillt die Menge aller der Dinge, von denen etwas zu wissen resp. zu kennen angenehm oder wichtig ist, decart rapide an, daß konzentrierte Spiegelung alles Geschehenen und Geschehenen in eine als eine Notwendigkeit erscheint. Dem allgemeinen Bedürfnis nach Unterhaltung, Wissenschaft und Information in möglichst kurzer Form kommt die Tageszeitung bereits sehr weit entgegen. Der Rundfunk ist eine außerordentlich wertvolle Ergänzung, die jedoch niemals das gedruckte Wort, die tatsächliche Theateraufführung, das reguläre Saalkonzert verdrängen wird. Beeinträchtigen? Bestimmt...

Aber eben auch nur beeinträchtigen. Denn so ideal es ist, alles zu hören und bequem zu hören, so hat der Mensch eben doch auch oft das Bedürfnis, etwas zu sehen. Die totale Einseitigkeit des Radio läßt den Gehörssinn völlig unberührt auch dann, wenn der Rundfunk technisch noch viel vollkommener wäre, als er es ohnehin schon ist. Die Membrane entseht, auch wenn es z. B. gelungen sein wird, Entende nicht; mehr je verschmirt und Frauenstimmen so herb erklingen zu lassen; letzte Berliner Enttäuschung: Wafalda Salmafni. Gerade im Russischsten treten die Grenzen des Radio

deutlich jutage: Wirkung in die Breite, Verlust des Zarten, der Stufung und der Nuance, Trübung des Klangcharakters, Vermischung des Farbigen, Mechanisierung, Abnutzung, Quantität für Qualität. Und selbst Musikinstrumente trotz allem! Wieber ein Orchester unter Kleiber mit Radiomängeln als eine Kapelle unter August Müller mit ihren absoluten Mängeln. Wir stehen an Anfang, man verpöse doch nie die Möglichkeiten...

Wir haben das absolute Theater (Alexander Tairoff), wir haben den absoluten Film (Biting Egelung), eines Tages werden wir auch absolutes Radio haben. Trotzdem wird natürlich der Rundfunk seine Bedeutung als Vermittler angenehmer Unterhaltung, hoher Kunst und reinen Wissens behalten. Bieleitig sind hierbei die Ansprüche des Publikums, und unendlich groß ist das Gebiet, das zu behandeln, man sage ruhig, gleichsam stille Pflicht ist. Ihre verantwortungsvolle Aufgabe können die Männer am Sender allerdings nur dann einigermaßen erfüllen, wenn sie guten Willens sind — das ist selbstverständlich, vor allem aber nur, wenn man sie unterstützt.

Aufbauende Wirkung soll auch die Radiokritik haben, die seit kurzem und voraussichtlich noch auf lange im „Vorwärts“, wenn auch im steten Kampf mit dem schlimmsten aller Zeitungsübel, dem Raumangel, gepflegt wird. Schöpferisch soll sie jetzt — wie übrigens jede Kritik — wirken, auch wenn sie negieren muß, was leider besonders bei der politischen Einstellung mitbestimmender Kreise des Berliner Rundfunks schon wiederholt notwendig war. Aber ihr Ziel, Einfluß zu gewinnen, wird Kritik nur dann erreichen, wenn sie ihrerseits von den hörenden Lesern mit Anregungen, Beschwerden usw., die nach Möglichkeit in der geeigneten Form stets weitergeleitet werden sollen, ergänzt wird. Denn erst wenn die Hörenden zu sprechen wagen, wird das Radio das sein, was es seinem ganzen Wesen nach sein muß: eine Sache des Volkes.

Jan Vesh gestorben. In Amsterdam starb an den Folgen einer Operation der bekannte holländische Kunstgelehrte und Maler Jan Vesh im Alter von 61 Jahren, der sich um die holländische Kunst sehr verdient machte. Besonders bekannt sind die Werke, die er über Rembrandt und Israels schrieb. Einige recht beachtenswerte Bilder von ihm hängen in der gegenwärtigen Ausstellung holländischer Kunst in der Orangerie zu Potsdam. Der Künstler, der die deutsche Sprache vollendet beherrschte, stand beständig in regem geistigen Austausch mit deutschen Kunstlerkreisen.

Leoncavallo nachgelassene Operette. Unter den nachgelassenen Papieren Leoncavallos befanden sich, wie seinerzeit gemeldet wurde, auch einige skizzierte Nummern der Musik zu einer Operette, an deren Vervollendung den berühmten italienischen Opernkomponisten der Tod verhindert hatte. Salvatore Allegro hat jetzt die Partitur ergänzt und zu Ende geführt, während Bolteri und Bonelli das in Versen geschriebene Libretto „Emile Collet“, das Leoncavallo seiner Arbeit zugrunde gelegt hatte, bearbeitet und dem modernen Geschmack angepaßt haben. In dieser Form gelangte das Werk kürzlich im „Politeama“ in Neapel zur Erstaufführung und hatte nach den Berichten der italienischen Presse einen starken Erfolg, der Leoncavallo nachgelassener Operette eine lange Reihe von Aufführungen verbürgen dürfte.

Die Reste der Stefansson-Expedition. Der amerikanische Vorkorrscher S. Stone teilte nach seiner kürzlich erfolgten Rückkehr über den tragischen Verlauf der Stefansson-Expedition vor elf Jahren mit: Als Stefanssons Schiff „Korlut“ durch das Eis blockiert worden war, teilte sich die Expedition in zwei Gruppen. Die eine unter Stefansson vermochte sich durchzuschlagen. Die andere, die vom Expeditionsarzt geführt wurde, blieb fester verschollen. Stone hat nun die gefrorenen Leichen dieser Expeditionsgruppe 65 Meilen vom Ort der Trennung entfernt auf der Harald-Insel aufgefunden. Die Expeditionsteilnehmer hatten versucht, eine Schutzhütte zu errichten, waren aber dabei an Erschöpfung gestorben. Die fünf Leichen wurden von Stone und seinen Begleitern beiseite und die vorgefundenen Ausrüstungsgegenstände nahm man nach Amerika mit. Stone hat das Sternbanner auf der Harald-Insel gehißt, die nicht weit von der Wrangal-Insel entfernt liegt. Doch werden sowohl Kanada als auch Rußland der Union das Hoheitsrecht streitig machen, die beide früher erfolgte Amerikaner geltend machen. Die Insel kann vielleicht künftig einmal als Flugbasis in Frage kommen.

Kampf gegen die Krebskrankheiten im Sowjetbunde. Das Kommissariat für Volksgesundheit hat in Moskau eine Konferenz zur Bekämpfung des Krebses einberufen, die unter dem Vorsitz des stellvertretenden Kommissars S. Solowjew eröffnet worden ist. Aus dem einleitenden Bericht geht hervor, daß man mit 400 000 Krebskranken auf dem Gebiete des Sowjetbundes rechnen müsse. Das Kommissariat für Volksgesundheit hat den Entwurf für einen planmäßigen Kampf gegen die Krankheit ausgearbeitet. In den einzelnen Gouvernements sollen Institute geschaffen werden, die in wissenschaftlicher, prophylaktischer und aufklärender Weise arbeiten. An der Spitze aller dieser Institute soll ein wissenschaftliches Krebsinstitut stehen, dessen Tätigkeit sich auf den ganzen Sowjetbund erstreckt.

Julius Drämer und das Berliner Philharmonische Orchester. Professor Julius Drämer, ein von der Berliner Hochschule für Musik, der ehemalige Leiter der Berliner und Weimarer Oper, übernimmt als Nachfolger Prof. Richard Dageß die Leitung der populären Konzerte des Berliner Philharmonischen Orchesters.

Professor Weidert 70 Jahre alt. Der Münchener Bildhauer Professor Heinrich Weidert vollendete dieser Tage sein 70. Geburtsjahr. Ein gebürtiger Kolmarer, hat er besonders die Münchener Schulen der letzten Jahrzehnte mit plastischen Arbeiten geschmückt. Auch die Verfassungsentwürfe, die seinerzeit auf Beschluß der Weimarer Nationalversammlung im Gespräch waren, ist sein Werk.

Eine Ehreng der Dichterin Marie Ebner-Eschenbach. Die bekannte Dichterin Marie Ebner-Eschenbach war der erste weibliche Ehrenbürger der Universität Wien. Die Wiener Universität hat nunmehr durch eine Gedächtnisfeier, die in den Arkaden des Universitätsgebäudes angebracht wurde, eine Ehreng der Dichterin vorgenommen.

Theaterperce für Unglück. Der Karlsruher Verband Deutscher Bühnenangehöriger, der Dellerreiß, Deutschland war die Schweiz erloht hat, hat einen Karlsruher herbeigeführt, nach welchem den Theatern verboten ist, Bühnenanlagen aufzunehmen. Wenn ja in Zukunft die Gründung neuer Theaterhäuser nicht mehr gestattet werden.

Stambul, nicht Konstantinopel. Eine Bekanntmachung des türkischen Post- und Telegraphenamts warnt vor der künftigen Benennung des Namens Konstantinopel. Benennungen, die an Stelle der Bezeichnung Stambul das griechische „Konstantinopel“ tragen, werden zurückgeleitet.

Der Finanzausgleich.

Zusammenstoß Höpfer-Abschiff und Schliebens im Steueraussschuß.

Bei der Fortsetzung der Beratung des Finanzausgleichs im Steueraussschuß des Reichstags kam es am Freitag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem preussischen Finanzminister Höpfer-Abschiff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben. Neben den Differenzen über die Frage der Zuschläge und die Höhe der Beteiligungen an den Reichssteuern war es die Tatsache, daß ein inoffizieller Entwurf der Reichsregierung vorlag, der den Reichsrat überhaupt noch nicht beschäftigt hat, der diese Schärfe der Debatten hervorrief. Andererseits ist es die Enttäuschung der Länder über den Bruch der Versprechungen durch die Regierungsparteien. Im Vertrauen auf deren frühere Haltung hatten die Länder und Gemeinden gehofft, jetzt mittels des Zuschlagsrechts größere finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten. Statt dessen sehen sie sich einer feindseligen Front gegenüber, die sie sowohl finanziell als auch wirtschaftlich und politisch stark einengen will.

Die Debatte wurde eröffnet mit einer Rede des Genossen Dr. Herz. Er gab seiner Genugtuung über den Verlauf der Aussprache am Donnerstag Ausdruck. Alle Parteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei haben umgelernt und lehnen die Zuschläge zur Einkommensteuer durch Länder und Gemeinden ab. Die Sozialdemokratie habe das stets getan, da Zuschläge sowohl die Steuerhöhe des Reichs, als auch die Einheit der Steuerbefassung gefährden. Es sei aber auch nicht sachlich gerechtfertigt, die Zuschläge, die man jetzt nicht machen wolle, für das Jahr 1927 zu verprechen. Eine Enquete, die die Grundlage für eine richtige Verteilung der Steuererträge schafft, ist notwendig. Die Höhe des Finanzbedarfs ist abhängig von den Aufgaben. Das Reich hat Länder und Gemeinden neue Aufgaben überwiesen, es muß ihnen dafür auch die Mittel gewähren. Es ist falsch, daß bei den Gemeinden eine finanzielle Miswirtschaft getrieben worden ist. Wenn Gemeinden j. B. Güter erwerben, um den Wohnungsbau zu fördern, so ist das nur anerkanntswert. Das habe die Stadt Berlin getan. Ihre Finanzwirtschaft sei nur vorausschauend und weislich gewesen. Berlin habe die Steuern erheblich abgebaut, die Verwaltung eingeschränkt und demzufolge die niedrigste Grund- und Gewerbesteuer sowie die niedrigsten Wertsteuern. Für die Höhe der Ueberweisungen im Beharrungszustand seien genaue Unterlagen erforderlich. Es ist zu prüfen, ob feste Ueberweisungen nicht der prozentualen Beteiligung vorzuziehen seien. Die in dem neuen Vorschlag vorgesehene feste Relation zwischen Einkommensteuern und Realsteuern könne zu schweren Schäden bei Ländern und Gemeinden führen. Die endgültige Stellung der Sozialdemokratie zum Finanzausgleich hänge von der Hauszinssteuer ab, deren Verwendung für fiskalische Zwecke eingeschränkt werden muß.

Nachdem die weiteren Redner noch einmal betont hatten, daß die Einführung von Zuschlägen jetzt unmöglich sei, kam es zu der heftigen Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Finanzminister Höpfer-Abschiff und dem Reichsfinanzminister v. Schlieben.

Dr. Höpfer-Abschiff wandte sich scharf gegen den neuen Vorschlag der Reichsregierung, der neben der Verlagerung des Zuschlagsrechts den Versuch unternehme, eine materiell und formell gleich unerträgliche Bevormundung von Ländern und Gemeinden einzuführen. Die Pflicht der Gemeinden, den Finanzämtern Einblick in ihr gesamtes Finanzgebaren zu gewähren, enthält die Annahme von Aufsichtsbeugnissen, denen sie niemals gewachsen seien. Das führe nur zu einer unzulässigen Vergrößerung des Apparates. Das in dem Vorschlag zum Ausdruck kommende Mißtrauen sei unbegründet. Man verallgemeinere Einzelerscheinungen. Die Länder hätten durchaus sparsam gewirtschaftet. Ihre erheblichen Mehrausgaben seien auf die neuen Aufgaben zurückzuführen, die das Reich auf sie abgewälzt habe. Das Reichsfinanzministerium habe sich auch nicht an die Abmachungen im Reichsrat gehalten. Es würden jetzt in der Dunkelkammer Entwürfe zurechtgeraubt werden, die die Länder vor eine ganz neue Situation stellen und überumpeln. Die Verwirklichung dieser Absichten sei ohne schwere Erschütterungen nicht möglich.

Sehr erregt gab Reichsfinanzminister v. Schlieben seinem lebhaften Bedauern über den polemischen Ton des preussischen Finanzministers Ausdruck. Die Länder sollten der Reichsregierung dankbar sein, daß sie das Finanzausgleichsgesetz noch rasch verabschieden wolle. Die Kritik an der Finanzwirtschaft des Reichs sei unberechtigt. Die Reichsregierung habe auch nicht die Absicht, sich Aufsichtsbefugnisse über die Gemeinden beizulegen. Auch der Vorwurf, daß das Reich den Ländern und Gemeinden ein billiges Wirtschaften unmöglich mache, sei unberechtigt. Soeben erst habe der preussische Landtag beschlossen, daß jeder Beamte der unteren Befolungsgruppen eine Erhöhung seiner Bezüge um 100 Reichsmark erhalten solle. Der Beschluß des preussischen Staatsrats sei unverständlich, wenn er die Erhöhung der Hauszinssteuer ablehne. Schlieben erklärte zum Schluß, er müsse jede Verantwortung ablehnen, wenn auf diese Art und Weise alle Versuche, einen geordneten Haushalt aufzustellen, vereitelt werden.

In der weiteren Aussprache erklärte Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.), es sei auch ihm fraglich, ob man sich jetzt schon soweit festlegen könne, daß 1927 unter allen Umständen das Zuschlagsrecht eintreten müsse.

Staatssekretär Popph betonte nochmals, daß eine Kontrolle der Länder und Gemeinden nicht beabsichtigt sei. Der Reichsregierung liege nichts ferner, als sich Aufsichtsbefugnisse anzueignen. Ihr Verlangen nach der Statistik verfolge nur das Ziel, eine endgültige Regelung des Finanzausgleichs zu ermöglichen. Ueber die Form der Statistik könne noch gesprochen werden.

Der Ausschuss vertagte sich hierauf am Sonnabend.

Sie feiern die Mörder.

Es ist ein eigen Ding um den Geschmack. Es ist gut, daß man mit manchen Beuten über ihn nicht streiten kann. So nicht mit Herrn Reventlow. Er bemüht den Todestag Rathenaus, um den ermordeten Gegner noch im Grabe zu beschimpfen. Er feiert die Mörder. In seinem „Reichswort“ schreibt er:

„Unser geistiges Auge aber lenkt sich auf das einsame Doppelgrab zu Saale und unser Gedanke gilt den beiden Deutschen, die Rathenau das Leben nahmen. Sie sind zu tragischen Persönlichkeiten geworden. Ihr Herz brannte für Deutschland und das deutsche Volk. Dafür sich zum Opfer zu bringen, war ihnen selbstverständlich.“

Das ist Reventlow, einer der völkischen „Erneuerer“ Deutschlands. Der Mord ist ihre Waffe und die Mörder sind ihre Kumpane.

Parteierteilnahme in Thüringen.

Sozialdemokratische Bürgermeister.

Weimar, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In verschiedenen Städten und Gemeinden Thüringens fanden in letzter Zeit Bürgermeisterwahlen statt. Dabei gelang es den Sozialdemokraten, ihre Kandidaten in Sonneberg, Alstedt, Eisenberg und mehreren kleineren Gemeinden durchzubringen. Ein von den bürgerlichen Stadtverordneten Sonnebergs gegen die Wahl des sozialdemokratischen Langtagsabgeordneten Anauer zum Bürgermeister von Sonneberg erhobener Einspruch ist von der Regierung als unbegründet zurückgewiesen worden.

Der Haushaltsausschuß der Stadt Weimar hat auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages beschlossen, die Innere Buttelschreiber Straße, in der sich das Weimarer Volkshaus befindet, vom 31. August ab Friedrich-Ebert-Straße zu benennen.

Eine Blamage der Rechtsregierung.

Geschäftsordnungsdebatte im Reichstag. — Um die außenpolitische Aussprache.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte, als ersten Punkt der morgigen Tagesordnung die außenpolitische Lage zu behandeln.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Durch unsere gestrige Zustimmung zu dem Antrag, daß die auswärtige Politik auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werden soll, haben wir ebenso wie vorher schon im Ausschuss und im Plenum des Reichstages zum Ausdruck gebracht, daß diese Aussprache bald stattfinden soll. Wenn es noch eines Beweises für die Notwendigkeit dieser Aussprache bedürft hätte, so ist er durch das

Kommuniqué der Deutschen Volkspartei

erbracht worden, das gestern veröffentlicht worden ist, und worin es heißt, daß die außenpolitische Debatte vorläufig nicht stattfinden soll. Nach meiner Erinnerung befindet sich noch Personalunion zwischen dem Parteivorsitzenden der Volkspartei und dem Reichsaussenminister. Es heißt jetzt, die Deutsche Volkspartei behalte sich vor, die außenpolitische Debatte vorzunehmen, wenn die angekündigte Antwort auf die Note Briands vorliegt.

Das heißt: Erst soll diese Sache erledigt sein, hinterher darf der Reichstag etwas dazu sagen.

Ich verstehe es schon, daß es schwer hält, durch 493 Abgeordnete eine Note ausarbeiten zu lassen. Aber nicht darum handelt es sich, sondern darum, daß über die Richtlinien für die Note hier im Reichstag gesprochen werden muß, bevor eine der wichtigsten Entscheidungen gefällt ist. Das ist umso notwendiger, als wir genau darüber unterrichtet sind, welches

Intrigenspiel hinter den Kulissen

getrieben wird. Es wird behauptet, daß innerhalb der Regierungsparteien volle Einigkeit über die Ziele der Außenpolitik bestehe. Ich erinnere aber an den Befehl, den Graf Kalkreuth in der „Deutschen Tageszeitung“ ausgegeben hat, und der gleichmäßig auf Deutsche und Volkspartei gewirkt hat, wonach eine Klärung der außenpolitischen Angelegenheiten erst nach Erledigung der wirtschaftspolitischen Fragen erfolgen dürfte, d. h., daß

die Außenpolitik zum Handelsobjekt

gemacht werden soll. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir haben das dringende Bedürfnis, daß hier ausgesprochen wird, was jetzt zu tun ist. Wo sollen wir hinkommen, wenn wir Ludwigshafen, Köln, Mannheim und die anderen Orte jetzt im Stich lassen.

nur weil Sie (nach rechts) Ihre Beuteinteressen in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir hatten es für dringend notwendig, daß wir in würdiger Form die Aussprache über die Außenpolitik vollziehen, wir sind damit einverstanden, daß sie in den nächsten Tagen stattfindet, um der Sache selbst willen haben wir aber kein Interesse, daß sie am morgigen Sonnabend vorgenommen wird. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Der Abg. Fried (Völkisch) stellt den Antrag, als ersten Punkt der Tagesordnung einen Antrag seiner Fraktion zu behandeln, wonach Abgeordnete, die sich aus gewinnfüchtigen Gründen gegen das Reich vergangen haben, vor den Staatsgerichtshof gestellt werden können. Er begründet diesen Antrag mit der jehigen Vernehmung des Abg. Lange-Hegermann vor dem Untersuchungsausschuß.

Abg. Breitscheid weist als Mitglied des Untersuchungsausschusses darauf hin, daß die Vernehmung Lange-Hegermanns noch nicht beendet ist, sie soll nächste Woche beendet werden. Vorläufig stehe noch Aussage gegen Aussage. Es sei selbstverständlich, daß der Bericht des Ausschusses erst abgemattet werden müsse. Der Reichstag könne unmöglich ein Urteil fällen, bevor der Ausschuss berichtet habe.

Der Präsident Lohse stellt fest, daß die Staatsanwalt bisher noch keinen Antrag gestellt habe, die Immunität des Abg. Lange-Hegermann aufzuheben. Wenn ein solcher Antrag vorliege, werde er selbstverständlich sofort behandelt werden, das sei ein viel kürzerer Weg, als über den Staatsgerichtshof.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) bezeichnet es als unerhört, daß man hier schon in eine noch nicht abgeschlossene Unternehmung eingreifen wolle. Fried habe die Aussagen des Staatssekretärs Schöps als unrichtig wiedergegeben.

Abg. Fried teilt unter großer Heiterkeit des Hauses mit, daß er sein Wissen aus der Zeitung geschöpft habe.

Abg. Witt (Zr.): Bis gestern bestand bei meinen Freunden einmütige Uebereinstimmung darüber, daß die Beratung der außenpolitischen Lage im Plenum zunächst zurückgestellt werden solle. Wir hielten es nach dem Verlauf der Aussprache im Auswärtigen Ausschuss für richtig, noch einige Tage damit zu warten. Aus gewissen Auswärtigen der Volkspartei im Ausschuss konnten wir entnehmen, daß wir mit ihr und mit der Regierung derselben Meinung seien. Im Laufe des heutigen Tages sind wir aber

sehr schmerzlich enttäuscht

worden (hört, hört). Es ist ein außerordentlich wichtiger Vorgang, daß eine Partei in einem Pronunciamento an die Öffentlichkeit tritt, um die Grundlagen der künftigen Außenpolitik festzustellen, mit denen der Außenminister angeblich einverstanden sei. Wenn man diese Grundlinien durchsieht, so kommt man zu der Ansicht, daß der Außenminister allen Anlaß hat, diese Richtlinien hier zu vertreten. (Sehr richtig.) Dieser Vorgang ist ein Novum in der deutschen Politik, und ich frage: Wer ist hier Koch, wer Kellner? Wer steht hinter diesen Richtlinien? Wir haben die Auffassung, daß der Reichstag nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, festzustellen, ob diese Richtlinien von der Volkspartei vertreten werden, oder

ob es die Richtlinien der Regierung sind. (Stürmisches Sehr richtig! Sehr richtig!)

Es handelt sich hier nicht darum, ob die Außenpolitik der Regierung in eine bestimmte Bahn gelenkt werden soll, ob sie richtig, oder falsch ist, sondern ob jetzt falsche Schlüsse gezogen werden können. Dies ist zu stellen, ist eine politische Notwendigkeit. Noch eine zweite Tatsache ist festzustellen: Während hier geschwiegen wird, wird draußen um so mehr geredet und nicht etwa von nachgeordneten Personen, sondern von führenden Persönlichkeiten. So hat heute in der „Kreuzzeitung“ Graf Westarp zuerst sachlich die Schwierigkeiten des Sicherheitspakts dargelegt. Er kommt aber danach zu einem Schluß, der geeignet ist, in uns ganz besondere Gefühle hervorzurufen, und das gerade in einem Augenblick, wo die Regierung sich damit beschäftigt, eine neue Note zu entwerfen.

Die Erregung einer solchen Stimmung ist geradezu verhängnisvoll.

Dadurch muß unserer Außenpolitik ein schwer gutzumachender Schaden zugefügt werden. In dem Augenblick, wo Sie als Regierungspartei die Verantwortung für die neue Note der Regierung mit übernehmen sollen, machen Sie durch den Namen Ihres Führers einen solchen ungeheuerlichen Vorstoß. Wir wollen jetzt endlich Gelegenheit geben, nicht um die Geister noch mehr zu verwirren, sondern Klarheit zu schaffen. Wenn ich bisher mit meinen Freunden gegen eine außenpolitische Debatte war,

so erlaube ich jetzt den Präsidenten, eine solche so schnell wie möglich herbeizuführen.

(Lebhafte Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Scholz (D. Vp.): Wir hatten das Bestreben, die innere Geschlossenheit herzustellen. (Stürmische Unterbrechungen.) Im Interesse der Außenpolitik sei es notwendig, diese Geschlossenheit auch jetzt zu zeigen. Der Artikel des Grafen Westarp enthält doch nur das, was das ganze deutsche Volk denkt. (Stürmischer Widerspruch.) Der Regierung muß Zeit für sachliche Vorbereitung der

Antwortnote gelassen werden. Wir werden uns mit ihr über den Zeitpunkt der außenpolitischen Debatte in Verbindung setzen.

Abg. Fehrenbach (Z.): Der Schritt der Deutschen Volkspartei war nicht geeignet, die Geschlossenheit zu fördern. Die Ausführungen des Abg. Witt waren sachlich durchaus begründet. Wir halten es nicht für zweckmäßig, die Debatte zu verschieben, bis zu Porzellan zer schlagen ist. Im Interesse des besetzten Gebietes muß alles vermieden werden, was die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik erschwert.

Abg. Dittmann (Soz.): Im Vorkommensaussschuß hat der Abg. Bruhn von den Deutschnationalen heute erklärt, daß auch die Deutschnationalen so schnell wie möglich eine Debatte haben wollen. Es würde mehr zur Klärung beitragen, wenn die Deutschnationalen hier im Plenum sagen würden, wie sie zu der Sache stehen. Nach den Ausführungen des Abg. Scholz steht es fest, daß die Debatte erst stattfinden soll, wenn die Antwortnote abgeschickt ist. Solche Schiebermethoden werden wir nicht unterstützen. (Unruhe rechts.)

Abg. Koch (Dem.): Was man bisher von den Regierungsparteien gehört hat, läßt nicht darauf schließen, daß die Geschlossenheit unter den Regierungsparteien besteht, die von Herrn Scholz so sehr gewünscht wird. Die einheitliche Linie in der Außenpolitik muß hergestellt werden, aber sie darf von den Deutschnationalen aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht gestört werden.

Präs. Lohse: Auf besonderen Wunsch erhält Dr. Breitscheid das Wort. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Der Wunsch, mich hier sprechen zu hören, ist von Herrn Scholz-Bromberg ausgegangen. Es freut mich, daß Sie soviel Anerkennung für mich haben. Aber selbst Ihr Wunsch würde mich nicht veranlassen, das Wort zu nehmen, wenn nicht der Abg. Scholz geredet hätte. Seine Rede war mehr das Produkt der Verlegenheit als das des Selbstbewußtseins. Er hat einiges aus dem Auswärtigen Ausschuss hier wiedergegeben und auch auf eine Rede von mir Bezug genommen. Leider ist es mir nach der Verlesung nicht möglich, da die Aussprache im Auswärtigen Ausschuss vertraulich ist, meine Ausführungen hier wiederzugeben. Man möchte doch annehmen, daß dem ehemaligen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses das auch noch einmütlich ist. Nachdem aber Herr Scholz mich erwähnt hat, erkläre ich, daß ich von meinen Ausführungen im Ausschuss nichts zurückzunehmen habe. Ich kann nur hier im allgemeinen andeuten, daß ich im Namen meiner Partei gewisse kritische Bemerkungen an das Angebot des Herrn Stresemann geknüpft habe. Die Antwort Briands hielt ich nicht für annehmbar, aber von dem Boden des Memorandums vom Februar durfte nicht hinausgegangen werden. Wenn Sie diese Linie einer gemeinsamen Politik meinen, so stehen wir noch auf ihr,

aber nicht auf einer Linie, gegen die die größte Regierungspartei fortgesetzt anrennt.

Es muß hier festgestellt werden: Wer macht die Politik? Was ist das für eine Regierungskoalition, wo die eine Partei immer anders handelt als die andere? Was ist das für eine Politik, wenn die deutschnationale Presse fortgesetzt anders schreiben darf als ihre Partei im Reichstag spricht? Im Auswärtigen Ausschuss hat vorgestern der Außenminister Stresemann mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erklärt, er verlange eine Aussprache im Reichstag, er könne nur dann Verhandlungen führen, wenn er das Vertrauen der Mehrheit besitze. Und nun will Herr Scholz erst dann die Aussprache herbeiführen, wenn die Note abgegangen ist. Ein nachträgliches Vertrauensvotum hat aber keinen Sinn. Sie können also niemand weismachen, daß Sie nur jetzt anderer Auffassung sind, weil Sie für die Einheitlichkeit der Außenpolitik fürchten. Es sind nicht außenpolitische, sondern innerpolitische Gründe, aus denen Sie die Aussprache verhindern wollen.

Sie verkaufen die Außenpolitik um die Zollvorlage. Sie sind auch bereit, Elbeh-Lohringen zu verkaufen, aber für 5,50 Mk. (Stürmischer Beifall links, große Unruhe rechts.)

Nachdem der Abg. Stöcker vornehmlich gegen die Sozialdemokratie polemisiert hat, verkündet Präsident Lohse: Das Wort hat Graf Westarp. (Allgemeines Aha.)

Graf Westarp (Dnal.): Die unerhörten Angriffe des Abg. Breitscheid wolle ich mit Entrüstung zurückweisen. (Zurufe links.) Der Abg. Breitscheid hat für nationales Wollen und Empfinden kein Verständnis. Ich erkläre hiermit, daß die außenpolitische Debatte nach vor der Sommerpause stattfinden soll (Zurufe links: Erst die Zollvorlage), und zwar zu einem Zeitpunkt, der den Regierungsparteien für geeignet erscheint.

Nachdem die Kommunisten ihren Antrag zurückgezogen haben, stimmt das Haus dem Vorschlag des Präsidenten zu, daß er sich mit dem Reichsaussenminister in Verbindung setzt und ihn über die heutige Debatte unterrichtet. Am Schluß der Sonnabend Sitzung wird das Haus beschließen, wenn die außenpolitische Debatte auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Der völkische Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Not der Heimindustrie.

Die Sozialdemokratie verlangt ihre Unterstützung.

Bei Beratung des Ergänzungsetats des Reichswirtschaftsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags brachten die Sozialdemokraten zur Abstellung der Not der Heimarbeit in der thüringischen Spielwaren- und fränkischen Korbwarenindustrie folgende Entschliebung ein:

Die Regierung zu eruchen, steunigt mit den Regierungen von Bayern und Thüringen darüber zu verhandeln, durch welche Maßnahmen die unterträgliche Notlage in der oberfränkischen Korbwarenindustrie und in der thüringischen und oberfränkischen Spielwarenindustrie Beschäftigten durch Notstandsmaßnahmen gemildert werden kann. Insbesondere ist zu erwägen, wo Weidenkulturen für die Korbwarenindustrie zweckmäßig anzulegen sind.

Die Reichsregierung wird erucht, möglichst bald eine Vorlage dem Reichstag zugehen zu lassen, die die notwendigsten Mittel für die Zuschüsse zu Notstandsarbeiten fordert.

Abg. Frölich-Thüringen (Soz.) begründet die Entschliebung mit der Darstellung der ungeheuren Not in der thüringischen Spielwarenindustrie, von der die Heimarbeiterausstellung in Berlin erschütternde Bilder gegeben habe. Zehn Prozent aller in diesem Gebiet unterworfenen Schulfinder sind tuberkulös befallen; 30 Prozent dringend speisebedürftig.

Abg. Seidel (Soz.) gibt hierzu die ergänzende Begründung für die Nichtenfelder Korbwarenindustrie. Die Arbeitslosigkeit sei fürchterlich. In Reichelau, einem kleinen Ort, sind von 900 Korbmachern 90 Proz. arbeitslos. Die Preise für Rohstoffe (Weiden) sind um 60 bis 100 Proz. gegen die Vorkriegszeit gestiegen. Dagegen sind die Preise der Fertigwaren gesunken. Der Wochlo ist so gut wie gar nicht möglich, da die Auslandsfunktion fehlt. Ein Grund für die große Arbeitslosigkeit ist auch, daß durch den großen Kriegsbedarf an Beschäftigten damals in den Beruf Tausende neu gestromt sind. Konkurrenz bietet auch das Zuchtbars Pfaffenberg durch seine billige Korbherstellung. Schnelle und weitestehende Notstandsmaßnahmen seien notwendig; vor allem müßten die Behörden Kredite und Aufträge auf längere Sicht geben.

Abg. Dr. Moses (Soz.) berichtet über Untersuchungen, die er im Auftrage des Deutschen Glasarbeiterverbandes in den betreffenden Gebieten gemacht habe. Die Not spotte jeder Beschreibung, der Gesundheitszustand der Kinder sei geradezu erschütternd. Schnellste Hilfe müsse erfolgen.

Die Entschliebung der Sozialdemokraten wird mit großer Mehrheit angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitslohn in Rußland.

In der vor kurzem erschienenen Nr. 2 der russischen amtlichen „Arbeitsstatistik“ finden wir Angaben über die tatsächlichen Arbeitsverdienste der russischen industriellen Arbeiter im letzten Jahresviertel 1924. Wohlgerne: es handelt sich um die tatsächlichen Arbeitsverdienste, nicht um die wesentlich niedrigeren tariflichen Lohnsätze; bei dem sehr weit verbreiteten System der Akkordarbeit bildet das Heberlohn der tariflichen Sätze durch den tatsächlichen Arbeitsverdienst eine Regel.

Der durchschnittliche monatliche Arbeitsverdienst des russischen Industriearbeiters bewegte sich (im Durchschnitt des Landes) während des Jahres 1924 wie folgt (in Rubeln und Kopeken; 1 Rubel = 2,16 M.):

Januar	34,40	Juli	40,81
Februar	37,28	August	38,45
März	35,95	September	41,11
April	37,14	Oktober	42,25
Mai	37,14	November	38,54
Juni	38,84	Dezember	39,71

Die Steigerung des Nominallohns vom Januar bis Dezember 1924 erreichte demgemäß 15,4 Proz. (die des Reallohns 16,5 Proz.). Ueber die tatsächlichen Arbeitsverdienste im Dezember 1924 in den einzelnen Industriezweigen geben uns folgende Zahlen einen Aufschluß: in der Metallindustrie 44,98 Rubel, in der Textilindustrie 34,17 Rubel, im Bergbau 33,49 Rubel, in der chemischen Industrie 40,50 Rubel, in der Lederindustrie 37,26 Rubel, im graphischen Gewerbe 60,91 Rubel, in der Industrie der Lebensmittel 58,63 Rubel, in der Papierindustrie 40,68 Rubel, in der Holzindustrie 42,15 Rubel; in der Industrie insgesamt 39,71 Rubel. In Moskau dagegen 62,06 Rubel und in Leningrad 61,13 Rubel.

Die wesentlich höchsten Arbeitsverdienste in Moskau und Leningrad erklären sich nur zu einem geringen Teil durch die höheren Lebenshaltungskosten in den beiden Hauptstädten. Ausschlaggebend sind hier vielmehr politische Erwägungen: man will die Arbeiter in Moskau und Leningrad gegenüber den Arbeitern in der Provinz bevorzugen, um in den Zentren des Landes ein günstigeres Bild zu gestalten und die Unzufriedenheit der Arbeiter zu lindern. Nicht nur der Nominallohn, sondern auch der Reallohn der Arbeiter ist daher in den beiden Hauptstädten wesentlich höher als in der Provinz, und zwar in Moskau im Dezember um 39,7 Proz. höher als im Durchschnitt des Landes (der Unterschied zwischen dem Moskauer Lohn und dem in der Provinz ist also noch größer), in Leningrad um 38,9 Proz.

Für die ersten Monate des Jahres 1925 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Aus den einzelnen veröffentlichten Angaben ist aber zu ersehen, daß der Prozeß der Steigerung der Arbeitsverdienste im Herbst 1924 zu seinem vorläufigen Abschluß gelangt ist. Trotz der gerade seit Herbst vorigen Jahres steigenden Lebenshaltungskosten bleibt der Nominallohn im großen und ganzen auf der im letzten Jahresviertel 1924 erreichten Höhe, der Reallohn zeigt sogar eine absteigende Tendenz.

Das sind, wie schon bemerkt, die Zahlen nach der amtlichen Statistik Sowjetrußlands. Sie enthalten im allgemeinen nichts Neues. Sie bestätigen vielmehr nur, daß die Löhne der russischen Arbeiter unter dem Sowjetregime nicht besser, ja noch schlechter sind als unter dem zaristischen Regime.

Gegenwärtig macht die KPD. wieder einmal große Klamme für sogenannte Arbeiterdelegationen, die nach Rußland geschickt werden sollen. An sich kann man es nur begrüßen, wenn Arbeiter in fremde Länder gehen und dort mit ihren Arbeitskameraden persönlich Frühling nehmen. Eine derartige persönliche Frühlingnahme kann für das friedliche Zusammenwirken der Völker nur von Vorteil sein. Anders liegen freilich die Dinge in Rußland. Es ist bekannt, daß die Sowjetregierung Ausländern gegenüber entweder gleichgültige Lausungsmänner vertritt, oder aber sich auf trennende Weise erkläre.

Wir haben kürzlich den Fall des einseitigen Sozialrevolutionären Geh. mitgeteilt, der nachträglich erfährt, daß er angeblich mit Edo Himmen auf einem Güte in der Nähe von Moskau sich unterhalten und lobend über die Behandlung durch die Sowjetbehörden geredet habe. In Wirklichkeit hat Geh. niemals Edo Himmen zu Gesicht bekommen und man hat an Stelle des eingelernten und ausgehungerten Geh. einen in voller Gesundheit befindlichen fremden Menschen untergehoben.

Wenn man derartige Täuschungsmanöver einem Manne gegenüber die Edo Himmen anwendet, dann kann man sich leicht vorstellen, was man Arbeiterdelegationen vormachen wird.

Nun kann es freilich passieren, daß unter diesen Arbeitern sich welche befinden, die genügend Schlauheit besitzen, um die Wahrheit zu erfahren oder wenigstens den Versuch dazu zu machen. In diesem Falle hat die Sowjetregierung, wie der Rindermann-Prozeß zeigt, Mittel an der Hand, um solche unangenehme Leute ungeschädlich zu machen. Wer sich, sei es mit den besten Absichten, zu sehr durchsichtigen Zwecken mißbrauchen läßt, der riskiert, daß ihn daselbe Schicksal ereilt, wie jene Studenten, die sich gleichfalls für Sowjetrußland begeisterten. Wir warnen Rußler!

Achtung! Sattler, Tapezierer und Portefeullier.

Heute Urwahl zum Gewerkschaftskongreß.

Zur heute stattfindenden Urwahl des Delegierten zum 12. Gewerkschaftskongreß haben die Kommunisten ein Flugblatt herausgegeben, welches wieder erneut beweist, mit welchen unehrlichen und demagogischen Mitteln sie „kämpfen“. Während sie in der Generalversammlung Anträge zur Gewerkschaftsreform stellen, beschimpfen sie in dem Flugblatt alle Verbandszeitungen und SPD.-Mitglieder als auf der Seite des Kapitals stehend. So sieht die Einigung im Sinne der KPD. aus. Verantwortlich für dieses Flugblatt ist ein gewisser Kasper, der seit längerer Zeit schon nicht mehr gewerkschaftlich organisiert ist, also besonders dazu berufen ist, den Gewerkschaften Vorschriften zu machen. Er ist anscheinend Massenfabrikant von Anträgen, denn die Anträge der Schuhmacher, die in der „Roten Fahne“ am Donnerstag veröffentlicht wurden, haben zum Teil denselben Wortlaut. Es ist dann auch kein Wunder, wenn die „Rote Fahne“ vom Freitag zwei Anträge veröffentlicht, die in der Generalversammlung des Sattlerverbandes angenommen sein sollen. Und zwar 1., daß statt alle drei Jahre der Kongreß alljährlich stattfindet, und 2., daß die Verhältniswahl eingeführt werden soll. Selbst der buchstabenreueste Kommunist wird sich nicht entsinnen können, daß diese Anträge in der Generalversammlung gestellt, geschweige denn angenommen sind. Wohl ein schönes Beispiel dafür, wie Anträge als angenommen in die Welt gesetzt werden, von der „Roten Fahne“ aber erfunden sind.

Unsere Kollegen werden diesen Hintermännern die richtige Antwort geben. Ihre Stimme gehört dem Kandidaten der gewerkschaftlichen Arbeit, dem Kollegen

Wilhelm Offen.

Seit 26 Jahren Mitglied des Verbandes, stets als Funktionär tätig, gibt er bestens die Gewähr, die Interessen der Kollegen auf dem Gewerkschaftskongreß erfolgreich zu vertreten.

Da nur ein Delegierter zu wählen ist, muß der Name des Kollegen Müller gestrichen werden; nur Wilhelm Offen darf stehen bleiben.

In folgenden Lokalen kann von 12-6 Uhr gewählt werden: Neudöhlen: Mühlener, Mühlener Straße 23, Kempin, Tiffiter Straße 86, Dahms, Schlegelstraße 9, Bieberstein, Adalbertstraße 59, Rathmann, Bühlstraße 118, Lubasch, Ritterstraße 20, Charlottenburg: Sauter, Krumme Straße 65, Schöneberg: Höfer, Bahnstraße 19, Arbeitsnachweis: Thiele, Kutterstraße 7.

Die tägliche Lüge.

Aus dem Bureau des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullierverbandes wird uns geschrieben:

In der Nummer 149 der „Roten Fahne“ vom 3. Juli, erste Beilage, werden zwei Anträge veröffentlicht, die in der Generalversammlung angenommen sein sollen. Die „Rote Fahne“ bezeichnet diese Anträge als sehr wichtig, glaubt aber in einer Fußnote feststellen zu müssen, daß sie wahrscheinlich in den Papierkorb wandern werden. Dies wird nicht einzutreten brauchen, denn wir stellen hiermit fest, daß diese Anträge in der Generalversammlung gar nicht gestellt wurden und demgemäß auch nicht angenommen werden konnten. Sie stellen mithin ein Phantasieprodukt der „R. F.“ dar.

Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter.

Hamburg, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am vierten Verhandlungstag des Verbandstages der graphischen Hilfsarbeiter wurde die Aussprache über die materiellen Anträge zur Statutenänderung fortgesetzt. Eine Anzahl Redner nahmen mehr oder weniger gegen die Anträge des Verbandsvorstandes zur Beitragsfrage Stellung, indem sie sie als zu weitgehend und untragbar bezeichneten. Demgegenüber erklärte Sabath vom Vorstand des NDGB, daß die Lebenshaltung steige und die Gewerkschaften gezwungen seien, das Einkommen der Arbeiter mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Das werde ohne Kämpfe nicht gehen. Dafür müsse in den Verbandskassen genügend Geld angesammelt werden. Die Werbetätigkeit der Organisation mache mit ihrer Aktivität, die sie auf Grund ihrer finanziellen Kraft zu entfalten in der Lage sei.

In seinem Schlusswort wies dann der Hauptkassierer Bodahl darauf hin, daß es verkehrt und kurzfristig sei, finanzielle Mittel durch Extrabeiträge aufzubringen, wenn ein Kampf ausgebrochen ist. Schließlich erkannte der Verbandstag einstimmig an, daß eine Erhöhung der Beiträge stattfinden muß. Mit 36 gegen 27 Stimmen erklärte man sich für eine Gruppeneinteilung der Beitragsätze und gegen eine Staffelung nach den Löhnen. Einstimmig wurde ferner eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Mit allen gegen 8 Stimmen sprach sich der Verbandstag für die Wiedereinführung der Krankenunterstützung aus, mit allen gegen 6 Stimmen wurde jedoch die Invalidenunterstützung, gegen 3 Stimmen eine zentrale Sterbunterstützung abgelehnt. Sämtliche materiellen Anträge wurden daraufhin einer besonderen Statutenkommission zur weiteren Beratung überwiesen. In der Nachmittagsitzung standen Anträge zur Statutenänderung zur Beratung. Die Anträge des Verbandsvorstandes wurden von Spalhof-Berlin begründet. Sie betreffen u. a. die Verweigerung der Aufnahme als Mitglied, wenn einer sich grobe Verstöße nicht nur gegen die Grundätze des Verbandes, sondern auch gegen die des NDGB, oder des IGB. (Amsterdam) zuschreiben lassen. Ein weiterer Antrag hat den Zweck, die Wahl des Verbandsvorstandes von den Berliner Jahrestagen, die bisher die unbesoldeten Verbandsvorstandsmitglieder wählten, unabhängig zu machen. Den Berliner Jahrestagen soll lediglich noch das Vorschlagsrecht zustehen, die Wahl selbst für den gesamten Verbandsvorstand durch den Verbandstag vorgenommen werden. Ein weiterer Antrag sieht mit Rücksicht auf unliebsame Erfahrungen die Haftpflicht der Jahrestagen für eine ordnungsmäßige Geschäfts- und Kassenführung vor. Mag-Berlin begründete einen Antrag, der die Einrichtung einer eigenen Jugendabteilung des Verbandes fordert, und u. a. auch die Herausgabe einer Jugendbeilage wünscht.

Verbandstagswahlen bei den Gemeindearbeitern.

Im Bereiche der Ortsverwaltung Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes haben kürzlich die Delegiertenwahlen zum zehnten Verbandstage in Frankfurt a. M. stattgefunden. Von der Fraktion Amsterdamer und gewählt die Genossen: Nietemann, Jagodzinski, Gehner, Kammermeyer, Säulig, Kochowski, Peterien, Schaum, Kiel, Pölske, Weide, Wiende, Mai, G. Richter, Kople. Demgegenüber brachten die Kommunisten, die große Hoffnungen auf ihre Kandidaten gesetzt hatten, nur vier Mann durch. Gewählt sind außerdem noch ein Mitglied der UEP. (1) und ein politisch Inorganisierter.

Achtung, Mitglieder des Baugewerksbundes!

Die Generalversammlung hat gestern beschloffen, die Urabstimmung nicht am Sonntag, den 5. Juli, sondern am Dienstag, den 7. Juli abends im Anschluß an Bezirksversammlungen vorzunehmen. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Die Obleute werden aufgefordert, sofort Bezirksversammlungen einzuberufen. Der Vorstand.

Der Streik der Thüringer Lederarbeiter.

Weimar, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in der Thüringer Lederindustrie, an dem etwa 2000 Personen beteiligt sind und der schon mehrere Wochen andauert, geht weiter, da die Einigungsverhandlungen des thüringischen Wirtschaftsministeriums scheiterten. Die Arbeitgeber boten zunächst eine Zulage von 2 Pf. für die Stunde an; dann wollten sie 70 Pf. pro Stunde in der Spitze der Drittklasse I vom 2. Juli bis 30. September zahlen. Die von den Arbeitern geforderte Nachzahlung wurde rundweg abgelehnt. Die Akkordsätze sollten nur in den Betrieben geregelt werden, in denen weniger als 20 Proz. Mehrverdienst erzielt würde. Danach hätten die Akkordarbeiter in ihrer Mehrzahl überhaupt keine Zulage erhalten. Die Vertreter der Lederarbeiter bestanden auf einem Spigenlohn von 80 Pf., falls keine Nachzahlung erfolgt und einer Erhöhung der Akkordsätze um 25 Proz. Das lehnten die Arbeitgeber ab.

Die Montanindustrie entläßt.

Hamborn, 3. Juli. (Mitt.) Infolge großer Abhängigkeitsverhältnisse hielt sich die Zeche Neumühl veranlaßt, zum 15. Juli erneut 700 Arbeiter zu entlassen, so daß mit den bereits im Juni entlassenen 500 Bergleuten die Belegschaft um insgesamt 1200 Mann vermindert ist. Man hofft, diese Arbeiter auf Karbargeben unterbringen zu können. Außerdem sollen demnächst etwa 80 Zechenbeamte, meist ältere, die seit vielen Jahren auf der Zeche tätig waren, abgedacht werden.

Die Zeche „Schleswig“ bei Braze hat ihrer gesamten Belegschaft gekündigt und wird am 14. Juli den Betrieb einstellen. Von der jetzt noch 850 Mann zählenden Belegschaft werden ungefähr 400 Mann auf der Zeche „Hollstein“ untergebracht werden. — Beim „Thönitz“ in Hörde haben auch Kündigungen in großem

Umfange stattgefunden. Die Zeche „Kadob“ hat am 1. Juli zum 15. d. M. gleichfalls mehreren hundert Bergleuten gekündigt. Ein Teil der Kündigten wird auf der Zeche „de Wendel“ Arbeit finden. Vom „Hörder Verein“ ist ebenfalls 150 Arbeitern gekündigt worden. Ferner wurde einer Anzahl technischer Angestellten die Kündigung zugestellt.

Passive Resistenz auf den Saargruben.

Infolge der Entwertung des Franken, wodurch der Reallohn eine Einbuße von ungefähr 20 Proz. erlitten hat, herrschte große Erregung unter den Saarbergarbeitern. Diese wird durch den Umstand verstärkt, daß jede Lohnerhöhung abgelehnt wird, obwohl der französische Arbeitsminister bei den letzten Lohnverhandlungen in Paris im Januar d. J. die Gewerkschaften nur durch die Zulage zur Annahme der Lohnbestimmungen veranlaßt, daß die Löhne bei einem weiteren Anziehen der Lasterung entsprechend erhöht werden würden. Dieses Ministerwort ist noch immer nicht eingelöst worden. Als vorläufige Maßnahme üben die Saarbergleute nunmehr passive Resistenz.

Zum Streik der Leipziger Straßenbahner.

Im Streik des technischen Personals der Leipziger Straßenbahnen ist eine Wendung bisher nicht eingetreten. Die Streikenden haben gestern in einer Vollversammlung zu dem vorgeschlagenen Schiedspruch, der für die gelernten und angelernten Arbeiter eine Erhöhung der Grundlöhne um fünf Pfennig und für die ungelerten Arbeiter eine solche von vier Pfennig vorsieht, Stellung genommen.

Die „angedrohte Lohnerhöhung“.

Zwang auf den Schlichter.

Köln, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband der Ziegeleien des Rheinlandes hat an den zuständigen Schlichter ein Schreiben gerichtet, in dem er die Unnachgiebigkeit des Verbandes bei den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern betont und die Behauptung aufstellt, daß die vom Schlichter angeordnete Lohnerhöhung (1) weit über alle Schiedssprüche hinausgehe. Wenn dieses Angebot trotzdem mit Streik beantwortet würde, so sei der Vorstand nicht in der Lage, den Kampf beizulegen. Der Schlichter würde vom Verband solange nicht angerufen werden, bis der Streik nicht restlos beendet ist. Der Kampfswille der Ziegeleiarbeiter ist jedoch nicht weniger stark; sie sind zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen.

Die norwegischen Gewerkschaften 1924.

Ende 1923 waren dem norwegischen Gewerkschaftsbund 31 Verbände und eine lokale Gewerkschaft mit 1281 Verwaltungsstellen und insgesamt 85 599 Mitgliedern angeschlossen, Ende 1924 29 Verbände und eine lokale Gewerkschaft mit 1191 Verwaltungsstellen und 92 767 Mitgliedern. Der Mitgliederzuwachs beträgt somit 7141 oder 8,3 Proz. Gemäß dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses betrug die Umbildung der Berufsverbände zu Industrieverbänden, der sehr unvollständig und nur in einzelnen Industrien durchgeführt worden ist, sind verschiedene Verbände aufgelöst oder mit anderen Verbänden verschmolzen worden, während andererseits neue Verbände, so z. B. für die chemische Industrie, die Lebensmittel-, Bau- und Textilindustrie errichtet wurden. Die Gesamtauflage der insgesamt 23 Gewerkschaftszeitungen betrug 89 603 Exemplare.

Im Jahre 1924 sind insgesamt 284 Tarifverträge für 80 980 Arbeiter, davon 65 756 organisiert, neu abgeschlossen und 20 Verträge für 6629 Arbeiter verlängert worden. Die hierbei durchgeführten Lohnerhöhungen sind auf 25 331 328 Kronen oder 340 Kronen pro Arbeiter und Jahr berechnet worden. Die Arbeitszeit verblieb unverändert 48 Stunden wöchentlich.

Für einige Betriebe und Industrien wurde eine Verlängerung der Urlaubsdauer von 8 auf 12 Arbeitstage erreicht. Die Urlaubsdauer betrug für 39 148 Arbeiter 8 Arbeitstage, für 36 590 Arbeiter 10 bis 12 Tage und für 4452 Arbeiter 14 bis 21 Arbeitstage.

Während des Jahres 1924 waren 139 Arbeitskonflikte zu verzeichnen; die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug 46 645, davon 40 880 organisiert. Die Zahl der hierbei verloren gegangenen Arbeitstage betrug 3 246 708 oder 79 Tage pro Arbeiter.

Internationaler Eisenbahnerkongreß.

Der Internationale Eisenbahnerkongreß in Bellinzona hat seine Arbeiten abgeschlossen. Es wurden folgende Entschlüsse angenommen: Unerhöhtes Koalitions- und Versammlungsrecht für alle Berufsgruppen in Ungarn, Italien, Finnland, Griechenland, Jugoslawien und Palästina, die Verloftungen ausgeführt sind. Die zweite Entschlüsse richtete sich gegen die Methoden des internationalen Kapitalismus zur Ausbeutung der Arbeiterschaft in China, gegen die wachsende Konkurrenz der Autotransporte für den Bahnbetrieb, ferner für die Elektrifizierung der Eisenbahnen und für die strikte Durchführung des Achtfundentages.

Der Beamtenabbau in Ungarn.

In Durchführung der im Sanierungsplane vorgesehenen Verminderung des Personalsandes der Staatsbeamten sind am 1. Juli neuerlich annähernd 2000 Staatsbeamte entlassen worden. Diese Abbaumaßnahme betrifft insbesondere den Beamtenstand der Post, sowie des Handels- und Justizministeriums.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bauarbeiterverband Berlin, Versammlung des Schienenbauers- und Schornsteinbauers am Sonntag, den 3. Juli, normilios 9 1/2 Uhr, im Saal III des Gewerkschaftshauses, Losungsbanner: Bericht von den Tarif- und Lohnverhandlungen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, unbedingt und pünktlich zu erscheinen. Die Rednerkommission.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Götter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karhöndt; Anzeigen: Ed. Glöckel; sämtlich in Berlin. Berlin: Formis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Berlin-Verlag und Berlin-Anstalt Emil Singer u. Co., Berlin. SB. 18. Udenstr. 2. Seite 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

DUNLOP

CORD

Der ruhende Pol
in der Erscheinungen Flucht.

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Probiert Bole Schokolade

Wie märkische Kleinstädte aussehen:



Die wasserportkundigen oder auch nur wasserfreundigen Berliner kennen den Namen Dahme recht gut; sie wissen, daß die dunkeln Wellen ihres Sprees genannten Flusses sich aus zwei Bestandteilen zusammensetzen: dem Wasser der Spree und dem der Dahme, die bei Köpenick sich vereinigen. Aber die Stadt Dahme, in deren Nähe sich die Quellen des gleichnamigen Flusses befinden, ist in den weitesten Kreisen unbekannt; sie wird auch nur durch „Bimmelbahnen“ erreicht, die von Ucker und Jüterbog ausgehen. Wählt man erstere Verbindung, so wird einem ein Warteaufenthalt von 1 1/2 Stunden vorgeführt, die man am nuschlichsten mit Kaffeetrinken im Wartesaal ausfüllt. Dabei macht man die spähhafte Entdeckung, daß in Ucker und Umgegend der Kaffee ohne Zucker bevorzugt wird — will man Zucker haben, so muß man ihn bestellen und für die grazios überreichten 2 Zuckersüßchen 5 Pfennig extra zahlen. Ein Aushang macht lobenswerter Weise darauf aufmerksam — ihm zur Seite hängt eine Empfehlung von Kautabak. Der Kaffee war gut — den Kautabak haben wir nicht probiert.

Geschichte und Charakter der Stadt.

Langsam klettert das „Jügle“ das Plateau empor, auf dem Dahme liegt. Schöne Waldungen begleiten den Aufstieg, dann geht's im Hotten Tempo durch gut bestelltes Ackerland zur Stadt. Die Ludower Straße nimmt uns auf — bald sind wir in der Hauptstraße, der Geschäftsstraße mit recht guten Läden. Die Sehenswürdigkeiten liegen abseits von ihr. Das ganz Alte, das der Tourist so gern aufsucht, in dem frohen Gefühl, daß er es zu bewundern nicht genötigt gewesen ist, fehlt in Dahme — sehen wir von der Stadtmauer ab — völlig. Die Stadt hat einen Rekord in Feuersbrünsten aufzuweisen. Ursprünglich der Standort einer gegen die Wenden errichteten Burg, wurde Dahme 1186 bereits mit einer Kirche ausgestattet; die slawische Kolonisation im 13. Jahrhundert brachte auch hier großen Zuzug, und Ackerbau und Handwerk, sowie Handel, namentlich in Holzwaren, blühten rasch auf, bis das 15. Jahrhundert den Beginn der Not in die märkischen Städte trug. Im Jahre 1429 Eroberung der Stadt durch die Hussiten: erste Zerstörung — nach dem Aufbruch 1441 neue Einäscherung durch einen in der Kirche ausgebrochenen Brand. — 1498 legt ein Feuer in der Schmiede wieder den Ort in Asche — 1563 war es die „Bosheit einer Wago“, die vom Kloster aus die Feuerjüdel über die ganze Stadt warf, und 1631 folgte die übliche Zerstörung im dreißigjährigen Kriege — dann aber kam der schwerste Schlag: 1666 ging alles, bis auf Mauer und Burghof, in Flammen auf, und dies-

mal war es die Reugier einer ehrfamen Bürgerfrau, die das Anglied herbeiführte: Sie wollte Speck ausbraten und ließ das Fett aufkochen, weil sie eine Trauung ansehen mußte. (Heimatsbuch von Max Rals.) Die in dem Gemüte der Dahmener Jugend spulende Vorstellung, daß diese Uebelthäterin in der Frau mit dem Beien fortlebe, die auf dem mittleren Turm des Stadtwappens steht, ist eine hübsche Fabel. Jedenfalls stellen sechs Totalbrände in Jahrhunderten eine achtbare Leistung dar. Politisch war Dahme seit dem 12. Jahrhundert zum Erzbistum Magdeburg gehörig — im dreißigjährigen Kriege ging die Herrschaft an Kurköln über, das in einer der be-



Das Schloß als Schule.

liebten Teilungen 1656 Dahme an Sachsen-Querfurt gab, deren Fürsten (aus dem Hause Sachsen-Weissenfels) 1746 ausstarben. Der Ort wurde an Kurköln zurückgefallen. Erst wurde 1815 preussisch. Nach dem Brande 1666 wurde die Stadt rasch wieder aufgebaut. — Die Weissenfelder Herren Johann Adolf I. und II. ließen die Sonne ihrer Gnaden über den Ort scheinen. 1671 wurde die Hauptkirche

neu erbaut, 1719 das neue Schloß errichtet und mit reichen Anlagen versehen.

Auch Sehenswürdigkeiten.

Nach dem Gelegten ist es begreiflich, daß romantische Verfallenenheit, wie sie eng aneinander geschichtete Häuser, Rautern und Loe hervorbringen, in Dahme nicht zu Hause ist. Es ist alles weiß, hell, sonnig, und die Stadtmauer macht nicht, wie in anderen Städten, einen trübnigen Eindruck. Wo sie noch sichtbar ist, wird sie von Anlagen umgeben, auf der linken Seite (vom Bahnhof aus) von der Elisabeth-, auf der rechten Seite von der Viktoriapromenade. Die Hauptstraße, die breit, gewissermaßen den fehlenden Marktplatz ersetzend, die Stadt durchzieht, endet am Bogelturm, einem starken Feldsteinbau; von hier führt die Jüterboger Straße weiter, an der sich das John-Denkmal befindet. In der Hauptstraße erhebt sich seit 1894 das neue Rathaus (mit Post), das ganz in dem ursprünglichen Postpalaststil der wilhelminischen Zeit errichtet ist. Vorher befand sich das Rathaus in einer alten damals abgetragenen Kirche. In der Hauptstraße liegt noch die Hospitalkirche, die jetzt zum größten Teil zu einem Altenheim umgewandelt ist. Vom Rathaus rechts in die Wilhelmstraße einbiegend, gelangt man zur Schloßstraße, die uns zur Hauptkirche und zum Schloß führt. Die Kirche steht inmitten des alten Kirchhofes, auf dem sich noch einige Grabmäler befinden. Außen an der Kirche angebracht steht man den Grabstein eines Stadtschreibers Lukas Kranach (1725), eines Nachkommen des bekannten Reformators. Die Kirche ist innen in hellen Farben recht ansprechend ausgemalt und macht mit der doppelten Reihe der Emporen und den Patriarchenloggen einen stattlichen Eindruck.

Das Schloß mit Schulklassen.

Die Schloßstraße weitergehend, gelangt man zum Schloß, dem auf der rechten Seite die Domänen, ein großer Wirtschaftshof, vorgelagert ist. Das Schloß ist neuerdings renoviert worden; es zeigt in dem von einem Turm gekrönten Mittelteil eine gut wirkende Gliederung durch zwei Säulenpaare; an dem Mittelbau schließen sich in stumpfen Winkeln die langgestreckten Flügel. Der weite Hof ist mit einer der charakteristischen schäftischen Postsäulen geschmückt. Das Schloß dient jetzt, nachdem die Landwirtschaftsschule ihr eigenes Heim erhalten hat, in seinen unteren Räumen dem Museum — in den anderen Teilen Schulzwecken: Im ganzen sind 30 Schulklassen vorhanden. Das Museum (Eintritt 30 Pfennig) hat allerhand Merkwürdigkeiten, Funde, Geräte, Gewänder, Bücher, Waffen usw., so daß wohl jeder Besucher etwas ihn Interessierendes finden wird. Eigentümlich der Schloßes ist seit 1873 die Stadt; sie erwarb es für 72 000 M. Beht man vom Schloß zur Viktoriapromenade, so steht man bald vor dem neuen Gebäude der Landwirtschaftsschule, die sich eines guten Rufes erfreut. Sie ist ein Unternehmen der Stadt und aus kleinen Anfängen, die bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts herabreichen, zur jetzigen Blüte gelangt. Reiche Lehrmittel, Sammlungen und große Versuchsfelder fehlen nicht.

Eine humanitäre Stiftung.

Am Ende der Viktoriapromenade erheben sich zwei große moderne Häuser: das Viktoria-Haus. Es ist dies eine von den deutschen Fremdausere geschaffene Einrichtung, bedürftigen Witwen und Waisen der Logenbrüder einen gerühmten Lebensabend zu sichern. Etwa 30 Zimmer mit Zubehör stehen in den beiden Häusern zur Verfügung; ein schöner Garten umgibt das Ganze und die freundliche, auch der Individualität des einzelnen Spielraum lassende Einrichtung macht einen recht angenehmen Eindruck. Im Garten steht noch ein kleines Gebäude: die „Loge“, der Sammelplatz der einheimischen und zureisenden Logenbrüder. Eine solche Institution in einem kleinen abgelegenen Orte zu finden, hat zweifellos etwas Überraschendes.

Der wendische Einschlag ist in Dahme und Umgegend besonders durch die Tracht der Landfrauen gekennzeichnet; drei Röcke übereinander und bunfarbiges Kopftuch zieren die vielfach per Rad zur Stadt Kommenden; ihre roten Gewänder leuchten in der prallen Sommerhitze. Bemerkenswert ist in Dahme noch die starke gewerbliche Beschäftigung mit Schuhmacherei und Tabakverarbeitung: Das „Heimatsbuch“ zählt 57 Schuhmacher- und 2 Zigarrenfabrikanten auf. Auch einige Gärtnereien sind vorhanden, trotzdem Dahme im Winter meist hohe Kältegrade verzeichnet. Sehr zu loben ist die große Sauberkeit der Straßen, die Pflege der Anlagen, die Blumenliebe der Bewohner. Ein stilles, aber ansprechendes Städtchen!

Die Baumwollpflücker.

Roman von B. Travon.

Copyright 1925 by B. Travon, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

„Das weiß ich jetzt noch nicht. Ich lasse den Tag erst einmal herankommen. Ich kann ebenso gut nach Norden wie nach Süden, ebenso leicht nach Ost und West gehen. Eigentlich habe ich vor, nach Guatemala, Costa Rica und Panama runterzuschluppeln. Bisteleich nach Columbien. Da soll allerhand Del ausgemacht worden sein.“

„Top!“ sagte Mr. Shine. „das habe ich auch gedacht, daß es Ihnen egal ist; und nach Guatemala und allen den übrigen Landschaften kommen Sie immer noch rechtzeitig genug. Da habe ich nun zu dem Manager gesagt: Well, habe ich gesagt, auf Sie habe ich gerade gewartet. Ich habe da einen Fellow, einen Piker, einen weißen Mann, weiß im Gesicht und weiß unter dem Brustflap ebenso gut, einen Burschen, der Ihnen die verurteilste Bohrung aus dem elendesten Dred herausholt. Man muß doch ein wenig trumphen, Gale, wenn man was erreichen will. Also, habe ich gesagt, Mr. Berken, ich schide Ihnen den Mann runter. Na, was sagen Sie nun, Gale, Junge, hä? Das habe ich doch fein gemacht. Da gehen Sie noch morgen früh runter zum Store. Der Storekeeper kennt den Weg zum Camp und kann Ihnen Bescheid sagen. Um 5 Uhr nachmittags sind Sie schon im Camp und können sich gleich zum Essen hinsetzen.“

Das mit dem Essen war allerdings verführerisch.

„Wenn Sie dann nicht mit der Arbeit zurecht kommen, ist der Verlust auch nicht allzu groß. Einen Tag kriegen Sie auf alle Fälle ausbezahlt und außerdem haben Sie einen Tag wieder mal menschenwürdig gegessen.“, sehte Mr. Shine hinzu.

Zu überlegen gab es da eigentlich nichts. Hier war noch für drei oder vier Tage Arbeit, harte und schlecht bezahlte Arbeit. Im Delseld mußte man zwar auch zwölf Stunden arbeiten, weil nur zwei Schichten waren, aber man arbeitete wenigstens unter dem Rig, wo die Sonne nicht ganz so unmittelbar auf einen losbrennen konnte. Dazu hatte man sterilisiertes Eiswasser, soviel man nur trinken wollte. Vor allen Dingen aber hatte man, wie schon Mr. Shine richtig gesagt hatte, ein menschenwürdiges Essen, mit Teller, Messer, Gabel, Löffel, Löffel, Tasse und Glas an einem Tisch,

der zwar von einem Zimmermann ziemlich roh gemacht war, aber es war doch ein Tisch und eine richtige Bank. Man brauchte nicht aus der Pflanze von der Erde essen und sich beim Essen von einer wackligen Kiste, auf der man sich herunterbückte. Man brauchte nicht mit demselben Köffel, den man aus den fettigen Bratartoffeln zog, den Kaffee umrühren. Das Brot, das man aß, war weder zu Kohle verbrannt, noch war es klebrig wie Kleister. Die schwarzen Bohnen, immer hart wie Kieselsteine, hörten auf, ein wichtiger Bestandteil der Mahlzeiten zu sein. Man wurde bei Tische bedient von Chinks, die man angrunzen durfte, wenn einem das Essen nicht schmeckte und die Ananaspie nicht genügend geest war. Angrunzen, hm! ja! das tut man sofort, sobald man einen anderen armen Teufel aus nur einen Zentimeter auf der sozialen Rangleiter unter sich weiß. Man schlief nicht ohne jede Unterlage auf einer Tafel Wellblech, sondern man schlief in gut ventilierten Baraden, in lauberen Feldbetten, auf weicher Matraße und gut geborgen unter einem schleierdünnen Moskitonez. Man hatte jeden Tag ein Brausebad und hatte ein W.C. Daß es solche Dinge auf Erden gibt, hatte ich ganz vergessen. Romantik ist schön, sehr schön! — von ferne gesehen. Wenigstens in der Entfernung, gerechnet von einem bequemen Sitz im Kino bis zur Silberwand. Auf dieser Silberwand sind die Helden des Bulches und des Urwaldes der Traum der Mädchen und sie erregen Ehescheidungsgeanken bei Frauen; in Wahrheit bohren sie sich beim Essen in der Nase herum und schmieren dies und das an ihren Sitz oder an die nächste erreichbare Tischplatte. Und das kann man gerade noch erzählen. Würde man einiges mehr erzählen, noch nicht einmal alles und noch nicht einmal das Schlimmste, so würde sich der bunte Schmetterling in die allerwiderrwärtigste Raupe zurückverwandeln. Aber trotz alledem, Romantik ist auch im Delseld, das auf den ersten Blick so trostlos profaisch und so nüchtern aussieht wie eine Kohlenzeche in Ferne. Man muß die Romantik nur zu sehen und nur zu finden wissen. —

Bei meinem Abschied von den bisherigen Arbeitskollegen war mir nichts so wichtig, als meine Eierrechnung bei Abraham auf den Cent genau zu begleichen. Er wäre mir sonst in meinen Träumen erschienen und nachgelaufen bis nach Paraguan, wenn ich ihm nur zehn Centavos schuldig geblieben wäre.

Als ich zum Delcamp kam und mit dem Manager sprach, machte er nicht im geringsten ein erstauntes Gesicht, seinen neuen Driller so in Lumpen und Fetzen zu sehen, wie kein Mensch in Europa, selbst nicht in Odesja herumlaufen könnte. Darin ist man hier gewöhnt.

Die weißen Arbeiter, alle Gringos, waren froh, daß Dick, der Driller, einen Ersatzmann hatte und das Camp also nicht verlassen brauchte; den er war ein beliebter und lustiger Bursche, der im Camp war, seit der erste Pfeiler für das Rig gestellt wurde. Sie fixten mich auf, der eine brachte mir ein Hemd, der andere eine Hose, jener Strümpfe, ein anderer Arbeitshandschuhe. Ja Handschuhe, denn ein amerikanischer Arbeiter macht sich beim Arbeiten die Hände nicht mehr schmutzig als unbedingt notwendig ist. Keiner von ihnen hatte irgendein Handwerk gelernt, wie das in Europa üblich ist, aber jeder konnte ein Auto fahren, Pannen beseitigen, Dampfmaschinen reparieren oder Werkzeuge schmieden. Vielleicht nicht ganz so sauber und geschickt wie ein englischer, deutscher oder französischer Arbeiter, aber was er machte, war brauchbar, und darauf kam es ihm und denen, die ihn dafür bezahlten, ja nur an.

Als ich meine Schicht beendet hatte, sagte Mr. Berkin zu mir: „Sie können bleiben, Junge, vollen Drillerlohn.“

Dick war schneller hergestellt als wir alle gedacht hatten, und so mußte ich wieder gehen. Beim Abschied gab mir Dick zwanzig Dollar extra aus seiner Tasche, für Reisegeld und daß ich mir einen guten Tag machen sollte, wie er sagte.

Als ich dann beim Manager meinen Lohn ausbezahlt bekam, sagte er: „Hören Sie mal, Gale, können Sie nicht hier irgendwo eine Woche oder so herumhängen?“

„Ja“, erwiderte ich, „das kann ich leicht. Ich gehe rauf zu Mr. Shine, da kann ich gut für eine Weile hausen. Warum?“

„Auf einem unserer Nachbarfelder da ist ein Bursche, der möchte auf vierzehn Tage in Urlaub gehen, rauf in die States. Da können Sie für die zwei Wochen als Ersatzmann eintreten. Anfang nächsten Monats.“

„Mache ich“, sagte ich. „Sie können ja im Store eine Mitteilung für mich an Mr. Shine hinterlegen, wenn es soweit ist.“

„Gut, abgemacht“, jagte Mr. Berkin.

Die Lübbener Schützen.

Es ist immerhin ein Stück märkischer Geschichte, wenn in einem durch seine landschaftliche Struktur und seine politische Entwicklung höchst interessanten Landstrich unweit Berlin eine Schützengilde die Jahrhunderte überdauert hat und die fünfzehnhundertjährigen Begebenheiten kann. Kommt man nach dem Spreewald, bekanntlich einem Gebiet, wie es in dieser Form wohl in der ganzen Welt nicht zum zweiten Male zu finden ist, und läßt sich mit dem Kahn durch die zahlreichen Flüsse und Kanäle fahren, so sieht man an jedem Gehöft eine ganze Anzahl großer hölzerner Schießscheiben, schon der äußere Beweis, welchen Boden hier, wie überhaupt in der ganzen Niederlausitz, das Schützengildenwesen gewonnen hat. Wohl die älteste märkische Gilde dieser Art ist die des Spreewaldstädtchens Lübben. Geheimrat Dr. Dippert, Direktor des Hauptstaatsarchivs in Dresden, der als bester Kenner der mittelalterlichen Geschichte der Niederlausitz gilt, hat als historisches Ursprungsjahr der Gemeinschaft Lübbener Schützen das Jahr 1425 festgestellt. Danach mühten sich die kriegerischen alten Wenden, deren Nachkommen noch heute allenthalben im Spreewald sitzen, zur Abwehr feindlicher Ueberfälle schon zum Spreewaldschloß haben, als noch mit Armbrüsten gekämpft wurde. In der wechselreichen Geschichte des Spreewaldes mauserten sich später alle dortigen Schützengilden, gleich denen des übrigen Deutschland, im großen und ganzen zu monarchistischen Steigbügelhaltern. Sie fehlten bei keinem Anlaß zur Verherrlichung des monarchischen Gedankens und waren stets glückselig, einen Strahl von der Gottesgnadenkrone zu empfangen. An dieser Tradition hielt ja auch die dem Militarismus angepaßte Uniformierung, das Schützenkönig- und Schützenrittertum und die geschmacklose Sitte, sich die ganze Breitseite mit blechernem Schießhorn und Ehrenketten zu behängen. Auch in Lübben wird man während der Festtage vom 5. bis 12. Juli noch viel von diesem alten Popanz sehen. Wie der Festausschuss erklärt, ist die Lübbener Schützengilde parteipolitisch neutral. Es seien Maßnahmen getroffen, daß das Fest durch politische Störungen nicht beeinträchtigt wird. Das Streben der Schützen gelte der Heimat und dem Vaterland. Dann hält man sich hoffentlich auch bei dem an solchen Tagen und in solchen Kreisen üppigen Schwingen der Festreden von allem fern, was in den Rahmen der Republik nicht hineinpaßt.

Der Kutschermord bei Fütterbog. Vernehmung der Fürsorgeaufseher.

Vor dem Potsdamer Schwurgericht wurden gestern die Aufseher der Anstalt Strausberg vernommen. Vorher wurden die Fürsorgezöglinge über die kirchlichen Einrichtungen der Anstalt in Strausberg vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob jeder zur Kirche gehen müsse, wurde diese von den Zöglingen bejaht. Alle vierzehn Tage sei Gottesdienst, zu den Mahlzeiten werde gebetet. Die Zöglinge betonen, daß der Angeklagte König in der Anstalt in letzter Zeit ein stilles, fast schüchternes Wesen gezeigt habe. Vors.: Was es in der Anstalt für Strafen? Die Zeugen konnten darüber nichts ausagen. Vors.: Wenn jemand austritt und wiedergefunden wird, was gibt's dann? Fürsorgezögling R.: Dann Einzelzelle nachts, manchmal gibt's auch „was geschwentt“. Dann werden die Aufseher der Anstalt Strausberg darüber vernommen, ob in der Anstalt geschlagen worden ist. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Westerkamp, macht die Aufseher darauf aufmerksam, daß, wenn sie geschlagen haben sollten, sie darüber die Aussagen verweigern können, da das Schlagen in der Anstalt verboten ist. Aufseher Otto Bunte, darüber gefragt, ob er mal geschlagen, meint: Es reißt ja jedem mal die Geduld. In besonders schweren Fällen weist der Direktor Schläge an. Wir dürfen ohne Meldung nicht schlagen. Den Angeklagten König bezeichnet er als schwer erziehbaren Jungen. Er war mütterlich und trübselig. Vors.: König hat gesagt, daß er Ihre wegen ausgerückt sei. Zeuge: Da will jeder ausrücken, Herr Vorsitzender. Oberstaatsanwalt Pfaffe: Haben Sie König mit einem Stock geschlagen? Zeuge: Genau kann ich das nicht sagen, ich glaube kaum. Aufseher Albert Köpke sagte, daß König bei der Arbeit gut war. Einmal habe er den Wondschächtigen martiert, nach einer solchen Duse sei alles wieder gut gelaufen. Der 64jährige Aufseher May Wende schilderte in drastischer Weise die Unarten der Zöglinge. Manche seien ja gut, viele aber frech und bössartig: Ra, und da gibt's mal von uns aus der „Armentasse“. Vors.: Hat König auch mal aus der „Armentasse“ von Ihnen bekommen? Zeuge: Der Direktor hat gesagt, wer schlägt wird entlassen von den Aufsehern. Vors.: Aber geschlagen wird doch? Zeuge: Dann wird's auch gemeldet. Vors.: Haben Sie König mit einem Stock übers Auge geschlagen? Zeuge: Dann wird er wohl auf mich losgekommen sein. Vors.: Geben Zöglinge auf Beamte los? Zeuge: Sehr selten. Der Angeklagte König springt auf und sagt: Ja, er hat mich geschlagen, der Aufseher, übers Auge mit seinem Kräftstock, im Zellengang war's. Zeuge Aufseher Wende: Ich glaube es nicht. Damit war die Vernehmung der Aufseher beendet. Die vernommenen Zöglinge werden aber nochmals am 9. Juli geladen. Der Arzt der Anstalt bezeichnet König als moralisch minderwertig. Die als Zeugen geladenen Landleute wußten nichts Wesentliches zu berichten.

Eine teure Ohrfeige.

Fritz Sch. ist Ingenieur und war früher Fliegerleutnant. Von seinem früheren Beruf hat er etwas mit in den jetzigen hinübergenommen. Wer sich als schneidiger Pilot die Welt im Flug erobert, der braucht sich dort nicht lange aufzuhalten, wo es ihm nicht gefällt. Fritz Sch. gefiel es nun im ruhigen Hafen der Ehe ganz und gar nicht. Sein schnellster Wunsch war es, eines Tages davon fliegen zu können. Das Schicksal war ihm wohl, seine Ehe wurde geschieden, er war wieder frei. Ein „freudiges Ereignis“ pflegen manche Leute gehörig zu begreifen, so auch Fritz Sch. Besonders energische Männer pflegen nichts halb zu tun, der geschiedene Chemiker war sehr energisch. Er flog von Katal zu Katal und war ständig in „gehobener“ Stimmung, für einen Fliegerleutnant selbstverständlich. Eines Tages sollte seine Freude aber jäh getrübt werden. In einem „Nachtbasen“ bemerkten der Herr Leutnant einen Schlosser Siegfried L., der in seinem Knopfloch das Reichsbanner abzeichen trägt. Das war für Fritz Sch. zu viel, er schämte vor Wut und forderte den L. auf, in zwei Minuten das Zeichen abzulegen, da er sonst eine Ohrfeige erhalten würde. Der Schlosser verbat sich jede Befestigung, erhielt aber tatsächlich die versprochene Ohrfeige. Jetzt stand vor dem Schöffengericht in Reutlin das gerichtliche Nachspiel statt. Der Vorsitzende suchte die Parteien zu einem Vergleich anzureden. Fritz Sch. hielt es für das Beste, darauf einzugehen und erklärte sich sofort bereit, die verlangte Buße von 100 M. zu zahlen. Seine weiteren Festlichkeiten dürfte er vorläufig einstellen! Nebenkosten wie 100 M. pro Badpfeife können in dieser Zeit den Vergnügungs-etat doch allzusehr belasten!

Die Wohnung der ägyptischen Prinzessin.

Eine 16-Zimmer-Wohnung in der Tiergartenstraße, deren Inhaberin die ägyptische Prinzessin Radje, die Gattin Emver Paschas, gewesen war, bildete den Streitpunkt, aus dem eine Anklage gegen den Kaufmann Sund wegen Betruges hervor-gegangen war. Die Prinzessin war vorübergehend zur Regelung ihrer privaten Angelegenheiten nach Ägypten gefahren und hatte Sund beauftragt, während der Zeit ihrer Abwesenheit die Wohnung anderweitig zu vermieten. Durch ein Vermittlungsbureau war Sund mit einem Direktor Klasse in Verbindung getreten, der die Wohnung auch übernehmen wollte. Hinterher fühlte sich aber R. geschädigt, weil nach seiner Behauptung versichert worden sei, daß die Wohnung nicht beschlagnahmt werden könne. Sund bestritt das mit aller Entschiedenheit, und Rechtsanwalt Grasselt trat vor dem Schöffengericht Charlottenburg den Beweis an, daß Klasse wissen mußte, daß erst eine Genehmigung des Wohnungsamtes nötig sei. Klasse hatte nach dieser Richtung hin eine Auskunft vom Wohnungsamt bekommen. Er hatte sich auch auf eine Empfehlung des Ministers a. D. Giesberts berufen, der wiederum die

Empfehlung des Wohlfahrtsministers Hirtstefer und des Abgeordneten Stegerwald in Aussicht gestellt haben soll. Dafür soll sich Giesberts in der Wohnung zwei Zimmer für Konferenz-zwecke ausbehalten haben. Landgerichtsdirektor Mäder kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, da nach der Beweisaufnahme keine Zweifel bestehen konnten, daß Klasse wissen mußte, daß eine 16-Zimmer-Wohnung zu jener Zeit nicht beschlagnahmefrei sei, so daß von einem Betrug keine Rede sein konnte.

Genossenschaftlicher Werbetag.

Die genossenschaftliche Internationale tritt am 4. Juli zum ersten Male in Deutschland stärker in Erscheinung, da dieser Tag von den großen Konsumvereinen als „Internationaler Genossenschaftstag“ gefeiert wird. Der Feiertag liegt die praktische Idee einer Werbearbeit für die Konsumgenossenschaften in der ganzen Welt zugrunde, soweit eben diese „Welt“ dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen ist. Dies ist der Fall mit 27 Ländern, worunter sich alle großen Völker befinden, auch Deutschland mit seinen über 2000 Konsumgenossenschaften und 4 1/2 Millionen genossenschaftlich organisierten Familien.

Der Internationale Genossenschaftsbund zählt in diesen 27 Ländern insgesamt 50 Millionen Mitglieder (Familien). Er ist also der Zahl nach eine der größten Wirtschaftsorganisationen der Welt. Und seine wirtschaftliche Bedeutung wie die Eigenart des Wesens der ihm angeschlossenen Genossenschaften besteht darin, daß die Grundzüge und die wirtschaftlichen Methoden, nach denen sie geleitet werden, überall die gleichen sind.

In den englischen Konsumvereinen sind über 4 1/2 Millionen Familien organisiert, das Anlagekapital der Mitglieder beträgt rund 1600 Millionen Mark, die Umsätze betragen 3500 Millionen Mark und die Zahl der beschäftigten Personen beträgt rund 140 000, wovon in den Produktionsbetrieben allein ca. 35 000 beschäftigt sind. Der Bankverkehr der englischen Großhandels-Gesellschaften ist im Jahre 1924 auf über 11 Milliarden Mark (= 11 000 Millionen) angewachsen.

Der englischen Konsumvereinsbewegung am nächsten steht die deutsche mit ihren 4 1/2 Millionen Mitgliedern. Sie ist zahlenmäßig ebenso stark wie jene, steht aber an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit hinter ihr zurück. Zehn Jahre wirtschaftlichen Stillstandes und wirtschaftlicher Rückschläge in einem Volke geben ein ungeheures Manko in der Entwicklung seiner genossenschaftlichen Wirtschaft. Und nur so ist es in erster Linie zu deuten, wenn 4 1/2 Millionen englischer Familien in einem Geschäftsjahr für 3500 Millionen Mark Waren einkaufen können, 4 1/2 Millionen deutsche aber nur für rund 500 Millionen, das ist ein Siebel.

Trotzdem könnten die Dinge auch in Deutschland wesentlich anders liegen, denn bei den heutigen Einkommensverhältnissen und Warenpreisen ist ein Durchschnitt von 500 Mark pro Familie und Jahr ein Mindestmaß dessen, was jede Familie aus ihrer Genossenschaft zu beziehen in der Lage sein muß. Und worin die Werbearbeit an den Internationalen Genossenschaftstagen einen Wandel zum Besseren herbeizuführen bestrebt ist, 500 Mark einer Familie würden 2250 Millionen im Jahr ergeben.

Der IGB, als Träger des Internationalen Genossenschaftstages besitzt in den ihm angeschlossenen Organisationen einen starken Inhalt, der sich nicht nur bei den alle drei Jahre stattfindenden Kongressen äußert. Schon sind die ersten Schritte getan, um das genossenschaftliche Bankwesen international zu verknüpfen und damit die erste Voraussetzung zu schaffen für einen umfangreichen genossenschaftlichen Güterverkehr in Gegenleistung. Es sind die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge in den Wechselbeziehungen der Völker.

In den wirtschaftlichen Grundzügen und dem System des Genossenschaftswesens ist also auch eine große sittliche Idee enthalten, für die zu werden jetzt Aufgabe ist.

Die für Berlin geplanten Veranstaltungen finden statt in der „Neuen Welt“, im Restaurant „Strauchwiese“, im Bürgergarten im Pantow und im Restaurant „Schloß Weihensee“. Neben Konzerte, Kinderbelustigungen und sonstigen Unterhaltungen werden führende Berliner Genossenschaftler in kurzen Ansprachen auf den Gedanken der Konsum-Genossenschaftsbewegung hinweisen und für ihn werben. Die Groß-Berliner Veranstaltungen zu einer eindrucksvollen Demonstration zu machen ist heute nachmittag die Pflicht der wertvollen Bevölkerung.

„Bragwürdige Rechtsauskunft“.

Zu der Notiz in Nr. 247 des „Vorwärts“ wird uns folgendes geschrieben:

Die dem Reichsbund der Rechtsbeistände Deutschlands angeschlossene Vereinigung der Rechtsbeistände im Bezirk des Kammergerichts und die Innung der Rechtsbeistände sind seit Jahren bemüht, das Inkonsulententum in jeder Form zu bekämpfen. In den bezeichneten Verbänden sind nur fachlich vorgebildete und ehrenwertere Rechtsbeistände organisiert und unterliegen dort einer ehrengerichtlichen Standesdisziplin. Auf allen Geschäftsschreiben dieser Rechtsbeistände befindet sich ein Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zu ihrer Organisation. Die Gebührenfrage ist durch Verfügungen des Kammergerichtspräsidenten geregelt. Den Mitgliedern ist von ihrer Organisation nahegelegt worden, Rechts-suchende in Inaktivitäts- und Unfallsachen in der Regel auf die Verbände hinzuweisen. Die Organisation ist auch bemüht, die Tätigkeit der nichtorganisierten, nichtamtlichen Rechtsvertreter zu überwachen und Schädlingen unter Beibringung des gegen sie vorliegenden Materials durch die Aufsichtsbehörde entgegenzutreten. Es empfiehlt sich daher, Ueberforderungen und andere Ungehörigkeiten von Rechtsvertretern dem Reichsbund zu Händen seines Vorsitzenden des Rechtsbeistands Bläser in Berlin, Müllerstr. 30, mitzuteilen, der alsdann sofort eingreift.

Wahrer Jäger nach der Märkischen Schweiz!

Wir erhalten folgende Zuchrift: Wiederholt machte ich die Reichsbahndirektion Berlin und Ostern in Frankfurt a. O. auf den verschlechterten Sommerfahrplan Berlin-Dahmsdorf-Rüncheberg (Märkische Schweiz) aufmerksam. Es ist keinem Ausflügler, der in die Märkische Schweiz fahren will, selbst am Sonnabend vormittag möglich, eine Fahrgelegenheit mit der Eisenbahn dorthin zu finden, außer 6.21 früh. Dieser Zug ist jedoch an den Sonnabenden so überfüllt, daß die Reisenden nicht mehr im Wagen, sondern auf der Plattform der 4. Wagenklasse stehen müssen. Ich frage mich, wie ist es möglich, daß die Reichsbahndirektion den Beschwerden und Wünschen der Reisenden in keiner Weise Rechnung trägt. Sie gesteht in ihren Antworten zu, daß die Zugfolge zwischen Berlin-Dahmsdorf-Rüncheberg spärlich ist, verspricht aber erst für die nächsten Jahre eine Verbesserung des Fahrplans, obwohl im Winterfahrplan in Form eines Pendelbetriebes (zwischen Strausberg und Dahmsdorf-Rüncheberg) am Vormittag eine bessere Verbindung bestanden hat. Es wäre wirklich an der Zeit, im Interesse Tausender, die schönsten Flecke der Mark wenigstens an den Sommerabenden mit guten Zugverbindungen zu versehen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 4. Juli.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
8.55 Uhr nachm.: Humoristisches Funkallerlei (Georg Bamberg). 9-9.30 Uhr abends: Konzert. 7 Uhr abends: Sanitätser Dr. Paul Frank: Medizinisch-hygienische Plauderei. 7.30-8.10 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). 7.30 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Direktor Julius Glück: „Esperanto“. 7.50 Uhr abends: Abteilung Musikwissenschaft. Dr. James Simon: „Chopin“ (mit Beispielen am Klavier). 8.30 Uhr abends: „Die Landpartie“, von Glasbrenner. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik.

Deutschnationale Mieterfreunde“.

Das „Geheh zum S. d. d. Mietprellerei“.

In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß das Mieterchutzgesetz praktisch als „Geheh zum Schutze der Mietprellerei“ wirke. Hieran wurden einige weitere Fragen geknüpft, auf die der preussische Minister für Volkswohlfahrt, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, u. a. folgendes erwiderte:

Die Tatsache, daß in der Zuweisung von Erbkärräumen laut Mieterchutzgesetz eine unbillige Härte für den Vermieter liegen kann, war wiederholt Gegenstand von Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsressorts und den Wohnungs- und Justizressorts der Länder. Die Reichsregierung hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf in Vorbereitung, der, soweit bekannt, vor dem Abschluß steht. Die Möglichkeit einer Einwirkung auf die Gemeinden zur Behebung der Obdachlosigkeit, Asyle für Leute zu schaffen, die sich böswilligerweise ihrer Mietzahlungspflicht entziehen, ist der Staatsregierung nicht gegeben. In solchen Fällen liegt jedoch für die Polizei kein Anlaß vor, für die Unterbringung des obdachlos Gewordenen zu sorgen. Die Polizeibehörden werden entsprechend angewiesen. Nach § 36 Abs. 3 des Mieterchutzgesetzes darf der zur Herausgabe eines Raumes Verpflichtete von der Gemeindebehörde nicht in den gleichen Raum wieder eingewiesen werden. Der Polizeibehörde steht ein Einweisungsrecht nur zu, wenn der Familie durch die Obdachlosigkeit eine unmittelbare Gefahr droht und diese sich nur durch zwangsweise Einweisung in die freistehende Wohnung beseitigen läßt. Dies setzt voraus, daß die Obdachlosigkeit nicht auf Böswilligkeit beruht. Vor der Einweisung, die nur für eine bestimmte Frist erfolgen darf, ist daher die Möglichkeit einer Unterbringung in andere Räume zu prüfen. — Durch die polizeiliche Einweisung lebt das frühere, durch Aufhebungsklage beendet Mietverhältnis nicht wieder auf, es wird auch nicht neu begründet. Die Unterbringung ist eine Maßnahme, die zur Entscheidung des Hausbesizers oder des sonst Berechtigten verpflichtet. Entschädigungspflichtig ist letzten Endes die Gemeinde, gleichgültig ob eine staatliche oder kommunale Polizeiverwaltung in Frage kommt, da es sich um unmittelbare Polizeikosten handelt.

Die Neuanlagen auf dem Bahnhof Friedrichstraße.

Auf Veranlassung der Reichsbahndirektion hatten sich gestern vormittag Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, der Reichsbahndirektion, sowie Vertreter der Berliner Presse zur Besichtigung der Neuanlagen des Bahnhofes Friedrichstraße eingefunden. Die vielen Mängel des alten Bahnhofes wurden durch Neubau des zweiten Fernbahnsteiges sowie durch Ausbau der Stadt- und Fernbahnstationen gehoben. Nicht nur die technischen Anlagen sind völlig erneuert worden, auch neue Wirtschafts- und Warteräume wurden geschaffen. Die alten Warteräume, die schon lange nicht mehr den Anforderungen der Jetztzeit entsprachen, sind auf der Südseite des Bahnhofes durch große, gut ausgestattete Räume ersetzt worden. Es besteht kaum ein Unterschied zwischen den Warteräumen 1. und 2. Klasse. Auch die Warteräume, im Keller des Bahnhofes gelegen, entsprechen in jeder Weise unserer Zeit. Ein langer Gepäckkunnel wurde in den Kellerraum hineinverlegt, um die Gepäckstücke vom Gepäckraum nach dem Bahnsteig A befördern zu können, ohne den Bahnsteigverkehr durch Fahrgäste mit den Gepäckkarrern zu behindern. Die Warteräume sollen heute dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Folgen republikanischer Duldsamkeit.

In einem geistlosen und hehrischen Leitartikel ihres Abendblattes vom 2. Juli ist die politische „Deutsche Zeitung“ wie bisher bemüht, wieder einmal alles, was republikanisch denkt, mit Schmutz zu bewerfen. Man ist diese Gossentart der nationalistischen Presse, die in Ermangelung sachlicher Unterlagen nichts anderes kennt, als den Gegner persönlich zu verunglimpfen, ja zur Genüge gemohnt.

Diese Presse, die den Mafel der geistigen Urheberschaft der monarchistischen Mord- und Attentatsepidemien auf der Stirn trägt, tut im Ernstfall immer so, als ob sie den „furor teutonicus“, den sie selbst herbeigerufen, nicht verstehen könnte. Dann macht man in kläglicher Freigebigkeit in Unschuld, um nach einer kurzen Vertuschungsspanne um so wilder wieder draufloszuhehen.

Auch in dem Schimpfartikel der „Deutschen Zeitung“ meldet sich diese Taktik zum Wort! So wird bei einer Polemik gegen eine Pazifistenzeitschrift von dem Reichsbannermann gesprochen, der auf dem Potsdamer Platz dies Blatt zum Verkauf anbietet. Und nachher heißt es ganz offen:

Daß solch ein Treiben ungeführt bleibt, ist wirklich nur der unverständlichen deutschen Duldsamkeit zuzuschreiben; in jedem anderen Lande stünde der Reichsbannermann mit seinem „Anderen Deutschland“ nicht mehr auf dem Hauptplatz der Reichshauptstadt.

Solch niederträchtiges Gesindel erlauben sich jene Herrschaften, die im November 1918 nicht würdevoll genug vor dem Regime des Volkes um Gnade betteln konnten. Die Republik ist allzu duldsam diesen Elementen gegenüber gewesen. Ganz unverhüllt wird hier dem Strafbanneror das Wort gesprochen. Die ehrenwerten Knüttelpolitiker könnten sich jedoch peinlich verrechnen haben.

Zwei Minuten gleich zwei Stunden!

Man schreibt uns: In einer Privatklage war ich zu einem sogenannten Gütertermin auf früh 9 1/2 Uhr vor das Amtsgericht Reus Friedrichstraße geladen. Da infolge Straßearbeiten ein Vorfahren vor das Gerichtsgebäude unmöglich war, mußte ich eine ganze Strecke zu Fuß gehen und betrat infolgedessen, trotzdem ich mir notgedrungen schon ein Auto genommen hatte, um ja recht pünktlich zu sein, das Gerichtsgebäude erst, als die darin angebrachte Uhr gerade 9 1/2 Uhr schlug. Ich war also 2 Minuten später im Zimmer 155/157, in dem die Verhandlungen schon im Gange waren. Da meine Sache vom Richter nicht aufgerufen wurde, verfuhr ich wiederholt, vom Richter zu erfahren, ob ich noch nicht abgefertigt werden könne, wurde aber jedesmal sofort unterbrochen und gefragt: „Sind Sie kläger?“ und als ich dies verneinte, wurde mir stets ziemlich barsch geantwortet: „Dann müssen Sie warten!“ Der Rechtsanwalt der Gegenpartei wird sich schon melden!“ Auf diese Weise wartete ich etwa 1 1/2 Stunde. Ein anderer Herr, der sich gleich mir über das Verhalten des Richters ärgerte und sagte, er warte nun schon über eine Stunde auf den Kläger, erhielt die Antwort, „da sei doch noch nicht lange.“ Endlich nach 1 1/2 Stunden ließ sich der Richter herbei, als ich dringend wurde, mir Auskunft zu geben, und ich erfuhr, daß die Gegenpartei, ein Rechtsanwalt, bereits pünktlich 9 1/2 Uhr Versäumnisurteil erwirkt habe. Also der Beklagte, fast stets der wirtschaftlich schwächere Teil, muß stundenlang auf den Kläger warten und seine kostbare Zeit, für die ihn niemand entschädigt, opfern und der Kläger — wenigstens wenn er sich einen Rechtsanwalt halten kann — braucht auch nicht zwei Minuten zu warten. Für mich, der ich meine Familie nur durch meine persönliche Arbeit ernähren muß, bedeuten zwei Stunden sehr, sehr viel; dagegen kann der Herr Rechtsanwalt, der durch das Versäumnisurteil im Handumdrehen sein Geld verdient, sicherlich eher fünf Minuten warten als ich zwei Stunden.

Wegen umfangreicher Instandsetzungsarbeiten bleibt die Schwimmhalle der Volkshochschule Charlottenburg, Kramme Straße 10, vom 6. Juli 1925 ab auf vorläufiglich 4 bis 6 Wochen für das Publikum geschlossen. Die bereits gelösten Schwimmunterrichtskarten behalten ihre Gültigkeit oder werden für den Zeitraum der Schließung der Schwimmhalle verlängert. Der Betrieb in den Bädern- und Brausebädern erleidet vorläufig keine Unterbrechung.

Zaubensiedlerjagd.

Wo bleibt die Baupolizei??

Wir haben kürzlich auf die seltsame Haltung der Baupolizei hingewiesen, die den offensichtlich schweren Verstößen der großkapitalistischen Werke den baupolizeilichen Vorschriften gegenüber eine totalistische Anstandlosigkeit entgegensetzt, die durch spartanische Strenge steht, mit der man lächerlicher Kleinigkeiten wegen mit Kleinsiedlern in den Laubengärten umspringen zu können glaubt. Eine drastische Illustration dieses in der Kritik herausfordernden Messens mit zweierlei Maß, das wir auch damals schon an Hand von Beispielen darlegten, liefert uns ein Siedler. Die Schilderung mietet wie eine Groteske an, und es muß, wenn diese Angaben der Wahrheit entsprechen, doch als bössartige Schikane bezeichnet werden, wenn irgendwelcher Lappalien wegen kleine Zaubensiedler mit unverhältnismäßig schweren Geldstrafen belegt und, wie hier, erfolglos von Pontius bis Pilatus gejagt werden.

Die Zusage schildert, wie die Baupolizei einem Zaubensiedler, der seine Laube um einige Zentimeter größer baute, als es die Paragraphen gestatteten, ein gepfeffertes Strafmandat von 30 M. aufdickte. Auch wurde ihm aufgegeben, in kürzester Frist den fast fertigen Bau niederzureißen, widrigenfalls ein bestellter „Abreißer“ 180 M. Honorar verlangen würde. Der „Verbrecher“ lief in Verzweiflung zu vielen Stellen, um die Aufhebung dieser ungeheuerlichen Strafe zu erlangen. Doch immer hat er keine Antwort. Erwähnt sei, daß der Delinquent aus seiner engen Kellerwohnung in die Laube zu ziehen beabsichtigte, um den unerträglichen hygienischen Mißständen des feuchten Wohnraumes im Interesse seiner Frau und seiner beiden schulpflichtigen Kinder zu entgehen.

Dieser Brief ist nur einer der vielen, die uns täglich zugehen, und die alle an Hand von Tatsachen überzeugend darlegen, wie sehr die gesunde Vernunft im Formalismus vorfindlicher Paragraphen erstickt.

Der verkaufte Familienschmuck.

Eine Unterschlagung, um die Kaiserkrone zu decken.

Der Verlust eines Briefes beschloß sich zwei Monaten die Kriminalpostdienststelle. Anfang Mai d. J. gab ein Juwelier aus dem Westen Berlins auf dem Postamt 62 einen Rachnahmebrief über 28 M. an einen Rittersgutsbesitzer in der Provinz auf. Er kam nicht an, und nun ergab sich, daß er mehrere Schmuckstücke enthielt, alten Familienschmuck, der auch für Fremde eine 5000 M. wert war. Die Rachnahme von nur 28 M. erklärte sich daraus, daß ein der Schmuckstücke ausgediebt worden war. Der Juwelier wollte nur die Kosten dafür nachzahlen. Die Beamten der Kriminalpostdienststelle erfuhren bei ihren Nachforschungen, bei denen sie mit Abbildungen der Schmuckstücke versehen waren, daß die Frau eines Friseurs in Steglitz Schmuckstücke dieser Art gezeigt hatte. Der Name und die Wohnung des Friseurs waren jedoch unbekannt. Die Beamten suchten nun alle Friseurgeschäfte in Steglitz ab und zeigten jedem Inhaber die Abbildungen. So stieß sie auf einen, der sofort erklärte, daß diese Sachen seiner Frau geschenkt habe. Erworben hatte er sie auf einem eigenartigen Wege. Zu seiner Kundtschaft gehörte auch ein Postauswechsler Kaiser. Dieser hatte den Rachnahmebrief untersucht, den Inhalt an sich genommen, die beliegende Rechnung aber scheinungsvoll vernichtet. Er hatte darauf nur die Angabe 28 M. gelesen, ohne darauf zu achten, daß das Reparaturkosten waren. So glaubte er, daß der ganze Schmuck nur soviel wert und unecht sei. Bei seinem Friseur hatte nun Kaiser noch 80 Pfennig Schulden. Er bat ihn nun, ihn noch einmal zu rufen und dann für die Gesamtschuld den Schmuck anzunehmen. Der Friseur, der die Sachen ebenfalls für unecht hielt, nahm sie trotzdem an, weil sie sehr schön aussahen, und gab seinem Kunden außer der Lösung seiner Schuld noch 50 Pf. zu. Er gab den Schmuck ohne weiteres heraus und erfuhr erst jetzt, welchen großen Wert er hat. Kaiser war, wie die Feststellungen ergaben, wegen Diebstahls bereits aus dem Dienste der Post entlassen worden. Er wurde ermittelt und festgenommen und gab die Unterschlagung zu.

Selbstmord eines Kriminalkommissars.

Der Kriminalkommissar Gottfried Bus vom Polizeipräsidium Berlin, Leiter des Dezernates B. I. XX. und Referent für Einmissethätigkeiten und Verfallsstätteneindrücke, hat in seiner Wohnung in der Vahtrasse seinem Leben geendet durch Erhängen ein vorzeitiges Ende bereitet. Ueber das Motiv der Tat verlaublich, daß Liebeskummer und wirtschaftliche Sorgen ihn hierzu getrieben haben. Der Kommissar stand seit sechs Jahren im Dienst der Berliner Behörde und ist stets in seinem Amte zuverlässig und pflichttreu gewesen. In den beteiligten Kreisen hat die Tat allgemein lebhaftes Aufsehen erregt.

Eine Parlekinade.

Die Kommunisten veranstalteten gestern Abend in Altem Festsaal die „Fortsetzung der SPD-Verammlung“, wie sie sie so schön genannt haben. Höllein, den routinierten Versammlungssprenger, hatte man als Redner ausserwählt, und so ging es denn jetzt anderthalb Stunden auf der üblichen Redepalte. Natürlich haben die Sozialdemokraten die Wels-Verammlung gesprenkt, (1) natürlich sind die Sozialdemokraten am Protokoller, an der Redaktionsregierung, kurzum: an allem schuld. Das Sensationsplakat der kommunistischen Propaganda hatte außer den Parteianghörigen noch eine erhebliche Anzahl Neugieriger angelockt, die aber zum großen Teil nach kurzer Zeit die Stätte der Rederitis fluchtartig verließen.

Gegen die Aushungerungszölle. Die Vereinigung sozialistischer Ärzte veranstaltete am Donnerstag Abend in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums eine Protestkundgebung gegen die Schutzollpläne der Reaktion, in der die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Stegmann-Dresden über das Thema: „Schutzollzölle und Volksgesundheit“ sprach. Am Schluß dieser Veranstaltung wurde eine Entschließung angenommen, in der die schärfste Einspruch gegen die Zollvorlage der Reichsregierung erhoben wurde. Lebensmittelzölle, so besagte die Kundgebung, müssen durch zunehmende Teuerung, verbunden mit Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit, die Krankheits- und Todesziffern steigern. Die gesamte deutsche Volksgesundheit wird außerordentlich gefährdet durch diese Zölle, das geradezu verhängnisvolle Folgen für die deutsche Volksgesundheit haben würde, eindringlich zu warnen.

Das knappe Monatsgehalt. Ein Handlungsgehilfe Paul W., der im Alter von 48 Jahren Vater zweier Kinder ist, war im Jugendamt eines Bezirksamtes als Hilfsangestellter mit einem Monatsgehalt von 110 M. tätig. In seiner Not ließ er sich dazu verleiten, Unterhaltsbeiträge in Höhe von etwa 1200 M. zu unterschlagen. Obwohl er in der geistigen Verbindung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte sein Geständnis dahin ausbreitete, daß er auch die Rassenunterschiede gefächelt habe, kam der Gerichtshof dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu dem in diesem Falle sehr milden Urteil von 7 Monaten Gefängnis bei einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Normung in der Funkindustrie? In England fand zwischen Vertretern der Herstellerfirmen von Rundfunkgeräten und Vertretern der Verbraucher eine Besprechung über die Erzielung einer Gleichförmigkeit in den Abmessungen der Einzelteile der Funkgeräte statt. Uebereinstimmend wurde die Ansicht vertreten, daß es für die Weiterentwicklung des Rundfunks von größtem Werte sei, die Abmessungen der Geräte u. a. gleichförmig zu gestalten. Man darf auf die weiteren Schritte gespannt sein.

Das Moskauer Blutvergießen. Die als Entlastungszeugen in dem Moskauer Studentenprozeß vernommenen beiden Deutschen Hirt und Rofe haben gestern in internem Kreise vor ihren Kommissionskollegen über den Prozeß Bericht erstattet. Auch aus diesem rein objektiven Referat ergab sich mit voller Klarheit, daß der Moskauer Prozeß eine beispiellos ungeheuerliche und kultur-schändende Justizkomödie war.

Ein falscher Heilungsrevolver tritt in verschiedenen Stadtecken auf. Der Schwindler meldet sich bei den Hörerleuten als „Beamteter der Baupolizei“ und erklärt, daß er die Heilungsanlagen in deren Aufträge nachsehen müsse. Wenn man ihn dann durch die Wohnungen gehen läßt, so schießt er, was er nur erreichen kann. So erbeutete er gestern bei einem Arzt in Schöneberg für 4000 Mark Schmuckachen. Der falsche Beamte ist etwa 45 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat ein bartloses podennarbiges Gesicht und eine glatte und trägt einen braungefärbten Anzug und einen weichen Hut. Mitteilungen zu seiner Ergreifung an Kriminalkommissar Ruck im Polizeipräsidium.

Zu den Gerichten über spinale Kindererziehung in den Ostseebädern stellt der Amtliche Preussische PresseDienst im Anschluß an seine gestrige amtliche Mitteilung weiter fest, daß auch in den Ostseebädern der Regierungsbereich Straßund und Röllin wieder Kindererziehung nach Genesungserkrankungen vorgekommen sind.

In der Lepton-Sternwarte wird am Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 Uhr, und Sonntag, 5. Juli, um 4, 6 und 8 Uhr, der 3. Raum-Oberst-Expeditionsflug 1934 „Zum Gipfel der Welt“ vorgeführt. Am Dienstag, 7. Juli, abends 8 Uhr, wird der Naturfilm „Rampf mit dem Berge, in Sturm und Eis“ gezeigt. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, hält Herr Prof. Erich Bernheim einen Vortrag mit Lichtbildern und Film über den „Kaiserlichen Kanalar“. Sonnabend, 11. Juli, abends 8 Uhr, Vorführung des Naturfilms aus dem sonnigen Süden Italiens „Lada“.

Die Berliner Südlichen Elektrizitätswerke halten in Gemeinschaft mit der Öhringgesellschaft belebende Kurse ab, die dazu dienen sollen, die Inflation über die richtige und zweckmäßige elektrische Beleuchtung von Innenräumen und Schaufenstern aufzuklären. Besonders bei der Schaufensterbeleuchtung wird noch viel geirrt. In sehr vielen Fällen werden die Beleuchtungsanlagen in völlig falscher Weise angeordnet, so daß die Anlagen des Schaufensters nicht in das richtige Licht gesetzt werden. Diesen Mängeln abzuwehren, sollen die Kurse dienen. Die Kurse finden im „Lichthaus“ der Öhringgesellschaft statt und beginnen am Montag, den 6. Juli.

Am Sonntag, den 5. Juli, findet auf den Terrassen Deantese in Hohen-Schönhausen, Drankstraße, ein großes Strandfest, Kinder- und Familienfest am „Ostseestrand“ statt. Die einleitende Kamelreit großes Reitanfängerwerk und Fackelzug.

Ido, verheirateter und vereinfachter Speerant. Dr. E. Richter, Reize Wilhelmstr. 8a, Ecke Unter den Linden (Zentrum 2163) beginnt unregelmäßig 1 bis 6 Uhr. Er beginnt um 1. August zwei Kurse und zwar ein Schlußkurs für Sprachschüler. Sonnabends 6—7 Uhr und ein Vorkurs für Sprachschüler. In solche ohne sprachliche Vorkenntnisse. Sonnabends 7—8 Uhr.

Internationale Rundfunkkonferenz in Genf.

Vom 6. bis zum 9. Juli finden in Genf wichtige Besprechungen in Rundfunkangelegenheiten statt. Am 6. und 7. Juli tagen die technischen Sachverständigen der europäischen Rundfunkgesellschaften, am 8. und 9. Juli der engere Ausschuss der „Union Internationale der Radiophonie“. Die deutschen Interessen werden im engeren Ausschuss durch Ministerialrat Giesecke vom Reichspostministerium vertreten, der Mitglied in dem Ausschussrat fast sämtlicher deutscher Funkstellen ist, ferner auf der Sachverständigenkonferenz von Dr. Ing. Harbich vom Telegraphentechnischen Reichsamte, der als hervorragender Kenner der Funktechnik gilt und als solcher die deutschen Funkstellen regelmäßig berät. Die Erörterung der Sachverständigen beziehen sich im wesentlichen auf die Ausschaltung von gegenseitigen Störungen der Unterhaltungsender durch zweckmäßige Einteilung und Dispositionen der zur Verfügung stehenden Wellen.

Die Eisenbahnunfallstelle bei Stargard.

Danzig, 3. Juli. (LU.) Die Arbeiten an der Unfallstelle bei Stargard, wo bekanntlich in der Nacht zum 1. Mai der Korridorzug verunglückte, gehen endlich ihrem Ende entgegen. Die den Damm hinabgestürzte Lokomotive wurde in vergangener Woche gehoben. Der Unterbau des Gleises ist auch soweit hergestellt, daß die Jüge wieder in normaler Geschwindigkeit verkehren können. Es hat also volle zwei Monate gedauert, bis die polnische Eisenbahnverwaltung die Strecke wieder in Ordnung bringen und die Aufbaurbeiten beenden konnte.

Amundsen über seinen Nordpolflug.

Oslo, 3. Juli. (M. B.) Ein Vertreter der Zeitung „Aftenposten“ hatte mit Amundsen an Bord des Dampfschiffes „Albert B. Selmer“ eine Unterredung. Auf die Frage, ob er nicht Hunde und Schlitten als das beste Beförderungsmittel für einen Vorstoß zum Nordpol ansehe, erwiderte Amundsen, er habe sich persönlich nie für den eigentlichen Pol interessiert, nachdem Peary dort gewesen sei. Er sagte weiter, seine Flugexpedition sei als Rekonnozierer für einen Vorstoß von Spitzbergen nach Alaska gedacht gewesen, es habe sich jedoch gezeigt, daß sich Flugzeuge nicht für ein derartiges Unternehmen eignen. Ueber die Aussichten der geplanten deutschen Zepellin-Expedition könne er sich nicht äußern. Die Bilder, die er während seiner Expedition aufgenommen habe, würden sicher zeigen, wie unmöglich ein derartiges Unternehmen mit Flugzeugen sei. Die Bilder zeigten die Beschaffenheit des Eises und die große Wärme, die man hatte, um die Maschinen vom Eise freizubekommen. Amundsen hält seinen ersten Vortrag in Oslo Anfang September, Mitte dieses Monats reist er nach Amerika.

Unwetter in Ostpreußen. Wie aus Kishni-Kotogorod gemeldet wird, ist der Kreis Sergafsch von einem furchtbaren Orkan heimgesucht worden, dem ein langandauernder wolkentrübender Regen folgte. Die Flüsse des Bezirks traten aus ihren Ufern, zahlreiche Ortschaften und Felder wurden überschwemmt. Auf einer Wiese am Ufer des Flusses Rejanska wurde eine große Schafherde von den Fluten fortgerissen, auch der Hirt, der seine Herde zu retten versuchte. Zahlreiche Wassermühlen wurden von dem Hochwasser zerstört.

Eröffnung einer schwedischen Großfunkstation. In Grimeton wurde eine neue schwedische Großfunkstation für den Verkehr mit den Vereinigten Staaten eröffnet. Die Anlage ist die dritte größte Europas.

Russische Teilnahme an dem deutschen Segelflugwettbewerb. An dem im Herbst in Deutschland stattfindenden Internationalen Wettbewerb der Segelflugzeuge wird der russische Verband „Kochim“ teilnehmen. Es werden sechs Segelflugzeuge nach Deutschland gehen, von denen drei aus Moskau, zwei aus der Ukraine und eins aus Transkaukasien stammen.

Briefkasten der Redaktion.

3. Briefkasten. Den Lesern können Sie nur dann in Bezug bringen, wenn der Herausgeber dem Verleger sich damit einverstanden erklärt. — A. B. K. Der Herrling ist verheiratet. Sie müssen doch hier die Beiträge einbringen. — G. H. in W. Die Abmessungen der Vermietung der schifflichen Mietverträge verfolgen den Zweck, für den Fall der falschen Aufhebung der Mietverhältnisse hinsichtlich der Mietabrechnung und der Dauer des Vertrages keinen unbilligen Beschränkungen unterworfen zu sein. Die Gerichte haben diese Art Abmessungen für zulässig erklärt. Die Anwendung des Gerichts empfiehlt sich daher nicht. — Zentralverband der Angestellten. 1. Auf Grund der Erwerbslosenzahlung besteht die Kriminalpolizei keinerlei Anwesenheitspflicht gegen die von ihr vorgeschriebenen, aber nicht erscheinenden Beschäftigten und Anwesen. Der Polizei gegenüber besteht also weder eine Anwesenheitspflicht noch eine Anwesenheitspflicht. Streitsig ist nur, ob Anwesenheitspflichten werden können, wenn Anwesenheitspflicht die Anwesenheit von Mitteln vorsetzen. 2. Politisches Engagement gegen eine Veranschaulichung wegen Verletzung der Anwesenheitspflicht ist nicht zulässig. Auf und Verlangen von Seiten und Gerichten ist jedoch über die Anwesenheitspflicht hinaus nicht erlaubt. Ein Verstoß dagegen macht strafbar. — G. H. K. Es haben sich 2. G. H. K. Gebührende Anwesenheitspflichten bedürfen keine Anwesenheitspflicht.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind im Reichsamt für die Presse, Berlin, S. B. 2, Lindenstraße 2, Tel. 2 22 22, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute Abend, pünktlich 6 Uhr, Sitzung im Jugendheim Lindenstraße 3.

2. Kreis Bezirksrat. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde! Sonntag, den 5. Juli, Rohrt nach Hakenberg bei Oranien zum Volkstheater. Treffpunkt 6 Uhr. Treffpunkt 7 Uhr früh kleiner Biergarten. Relegationsabend, Dienstag und Freitag von 6-7 Uhr Spielnachmittage im Städtischen Jugendheim Viefelstraße, Baroden, Zimmer 6.
6. Kreis Kreuzberg. Sonntag, den 5. Juli, großes Sommerfest in der Rodenmerci, Viefelstr. 20. Aus dem Programm: Militär, Akrobaten, Musik, Kinderreigen, Fackelzug, Beginn 8 Uhr. Eintrittspreis 40 Pf.
11. Kreis Schöneberg-Grünau. Achtmal Beginn der Ferienkolonne Sonntag, den 6. Juli, Treffpunkt und Abfahrt der Teilnehmer unter Leitung der Helferinnen 9 Uhr an den Bahnhöfen der Linie 43 am Rottenturm, Röhren, Ede Hauptstraße und Rotterstraße. Röhren, Ede Hauptstraße und Rotterstraße. Röhren, Ede Hauptstraße und Rotterstraße.

Morgen, Sonntag, den 5. Juli:

8. Abt. Fern. pünktlich 8 Uhr bei Dobroschin, Sonnenländer Str. 11, treffen sich die Mitglieder der Kommunisten Kommission zur Besichtigung des städtischen Schulgartens in Wankensfelde.
16. Abt. Dampferpartie mit Ausflug nach Spandauer. Abfahrt 7 1/2 Uhr von der Fernstraße. Gölle willkommen.
102. Abt. Baumgartenweg. Am Rande des Märkischen „Obersee“ bezieht sich die Ferienkolonne gemäß Veranstaltungszettel geschlossen. Der Abmarsch nach der Röhrenstraße findet um 2 Uhr am Bahnhof Baumgartenweg statt. Die Bezirksleiter haben dieses ein.

Parteinachrichten, Gruppe Röhren. Teilnahme am Volkstheater in Hakenberg. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Grünau.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

14. Abt. Danzig. Genosse Franz Holz ist verstorben. Einlieferung heute, Sonnabend, 1/2 Uhr, Krematorium Stinnesdorf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftliche: Berlin S. B. Seebaststr. 37/38, Hof 2 Nr. 1. Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 Uhr, (sondern 6-9 Uhr nachmittags am Potsdamer Bahnhof) besetzt. Reichsbanner für den Erntedankfest und bis Sonnabend abends 6-12 Uhr am Bahnhof zu haben. — Kameradschaft Kreuzberg. Am Sonntag, den 5. Juli, abends 8 Uhr, großes Sommerfest in der Rodenmerci, Viefelstr. 20. Aus dem Programm: Militär, Akrobaten, Musik, Kinderreigen, Fackelzug, Beginn 8 Uhr. Eintrittspreis 40 Pf.

Am Sonntag, den 5. Juli, findet auf den Terrassen Deantese in Hohen-Schönhausen, Drankstraße, ein großes Strandfest, Kinder- und Familienfest am „Ostseestrand“ statt. Die einleitende Kamelreit großes Reitanfängerwerk und Fackelzug.

Arbeiter-sport.

Der Ring-sport-Verein „Tegel 68“ M. B. W. 222. Kreis 4, bezieht am Sonnabend, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Grandhotel Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest. Der Verein hat sich bei den Veranstaltungen der Berliner und Tegel Arbeiter-sportvereine mitwirkt und bietet deshalb ein gutes Spiel.

Reiz Kameradschaft Berlin e. V. Gruppe Tegel-Beilkenitz. Unter diesem Namen ist am letzten Sonntag eine neue Ortsgruppe ins Leben gerufen worden, welche den Bestreben hat, den Ring-sport auf der Oberhand zu führen und zu fördern. Die Ortsgruppe besteht aus 12 Mitgliedern und hat ihren Sitz in der Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest.

Reiz Kameradschaft Berlin e. V. Gruppe Tegel-Beilkenitz. Unter diesem Namen ist am letzten Sonntag eine neue Ortsgruppe ins Leben gerufen worden, welche den Bestreben hat, den Ring-sport auf der Oberhand zu führen und zu fördern. Die Ortsgruppe besteht aus 12 Mitgliedern und hat ihren Sitz in der Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest.

Reiz Kameradschaft Berlin e. V. Gruppe Tegel-Beilkenitz. Unter diesem Namen ist am letzten Sonntag eine neue Ortsgruppe ins Leben gerufen worden, welche den Bestreben hat, den Ring-sport auf der Oberhand zu führen und zu fördern. Die Ortsgruppe besteht aus 12 Mitgliedern und hat ihren Sitz in der Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest.

Reiz Kameradschaft Berlin e. V. Gruppe Tegel-Beilkenitz. Unter diesem Namen ist am letzten Sonntag eine neue Ortsgruppe ins Leben gerufen worden, welche den Bestreben hat, den Ring-sport auf der Oberhand zu führen und zu fördern. Die Ortsgruppe besteht aus 12 Mitgliedern und hat ihren Sitz in der Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest.

Reiz Kameradschaft Berlin e. V. Gruppe Tegel-Beilkenitz. Unter diesem Namen ist am letzten Sonntag eine neue Ortsgruppe ins Leben gerufen worden, welche den Bestreben hat, den Ring-sport auf der Oberhand zu führen und zu fördern. Die Ortsgruppe besteht aus 12 Mitgliedern und hat ihren Sitz in der Tegel, Tegel, 1. und 2. Etage, ein großes Sommerfest.

Sport.

Preis der Erstklasse am Sonntag auf der Olympia-Rodrennbahn. Nach dem hervorragenden Jahre Walter Sawalls im letzten Kreisläuferwettbewerb, wo er dem Teilnehmer Hirt die erste Niederlage in Deutschland beibringen konnte, sieht man seinem Start im Preis der Erstklasse auf der Olympia-Rodrennbahn am kommenden Sonntag mit nicht geringem Interesse entgegen. In Sannal auch zuerst untreulich unser bester Dauerfahrer, so stellen aber seine Gegner, der holländische Weltfahrer Ennos, die Deutschen Kofeller und Wih sowie der Franzose Catudal erste Klasse dar. Es kommt also ein durchaus gleichwertiges Rennen auf dem Olympia-Rodrennbahn zu Stande. Dem Hauptrennen geht ein 20-km-Dauerrennen voraus, während sehr stark besetzte Flegelrennen das Programm vervollständigen. Von den Flegelern sind besonders Lorenz, Siabe, Schwab, Litz, Hoffmann, Stolz, Peter und zu erwähnen. Die Einzelkämpfe sind auf allen Plätzen ermöglicht worden (von 1,50 M. an aufwärts). Die gute Hochverbindung zur Sannbahn ist gefahrt. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Wetter für Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend. Unbeständig. Hiernach warm. Später etwas Gewitterneigung. — Für Deutschland. Im Südwesten Regenfälle. In Mitteldeutschland rasche Erwärmung und etwas Gewitterneigung.



Kometenfreilauf
ES GIBT KEINEN BESSEREN!
Spezial im Betrieb - Keine teuren Reparaturen

Etatsberatungen im Reichstag.

Branntweinmonopol. — Armengebühren.

Die Debatte nimmt der Reichstag in allen drei Lesungen den Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollformalitäten an.

In der dann folgenden Beratung der Novelle zum

Reichsversorgungsgesetz

und anderer Versorgungsgeetze wendet sich Abg. Weber (Komm.) gegen die Behandlung der Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Ausschüssen. Es genüge nicht, daß die Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen vom Ausschuss gehört werden. Es müsse vom Ausschuss auch mit den Kriegsbeschädigtenvertretern in eine Diskussion über ihre Forderungen eingetreten werden. Dabei würden die Kriegsbeschädigten dann sehen können, ob die Deutschnationalen geneigt seien, ihre agitatorischen Versprechungen zu erfüllen. (Beifall links.)

Die Regierungsvorlage sieht eine allgemeine Neuregelung der Grundrenten und Schwerbeschädigtenzulagen vor. 30prozentige Erwerbsunfähige sollen 81 R.-M. Grundrente erhalten, 40prozentige 106 und 50prozentige 135 R.-M. und 24 R.-M. Schwerbeschädigtenzulage. Die Grundrente steigt sich bis zu 270 R.-M. Grundrente und 135 R.-M. Schwerbeschädigtenzulage.

Die Gesetzentwurf wird an den Kriegsbeschädigtenausschuss überwiesen und das Haus berät dann den

Etat des Finanzministeriums.

Abg. Hölein (Komm.) kommt darauf zurück, daß Finanzminister vom Schließen bereits in der gestrigen Sitzung, bevor der kommunistische Sprecher zu Worte kam, auf die Diskussionen eingeworfen habe. Die Kommunisten erblickten darin die Unmöglichkeit der Regierung, auf ihre Argumente zu antworten. Der Redner spricht dann dem Minister jedes soziale Verständnis, wenigstens in der Praxis, ab und wendet sich gegen die Lohnsteuer, die im Verhältnis zur Einkommensteuer in den neuen Steuergeetzen noch unsozialer werde. Der Redner wünscht, daß die Zahl der Buchprüfer erhöht werde, die mit ihrer Wendelaterne hineinschauen können in die Dunkelkammern der Steuerdruckerparadien.

Abg. Drewitz-Berlin (Sp.) stimmt zwar grundsätzlich der Vereinheitlichung der Steuern zu, betont aber, daß die Selbständigkeit der Länder möglichst weitgehend gewahrt werden müsse. Der Reichstag bewillige in seiner Unernst Mehrforderungen, die dem Etat gefährlich würden. (Sehr richtig!) Der Finanzminister müsse dieser

Bewilligungswort standhafter entgegenzutreten.

Dafür sollte besser die Steuererhebung einmal einen Abschluß finden. Auf die Dauer seien die gegenwärtigen Steuergeetze für die Wirtschaft untragbar.

Abg. Diez (Z.) weist in der Einzelberatung darauf hin, daß seinerzeit mit lebhafter Mitarbeit der Rechten das Branntweinmonopol geschaffen worden sei. Für den Mißerfolg der Monopolverwaltung schienen die Mängel in der Organisation grundlegend zu sein. Würden diese Mängel beseitigt, so dürfte das sich halb ändern.

Abg. Schulz-Bahmen (Z.) möchte insbesondere die Schwarzbrennerei besser überwacht sehen. Aber die ganze Monopolwirtschaft sei wert, beseitigt zu werden.

Abg. Eggersfeldt (Soz.)

Der Reichsfinanzminister hat in seiner Rede angekündigt, daß der Gesetzentwurf zur Änderung des Branntweinmonopolgesetzes das Monopol nicht unter allen Umständen beseitigen werde. Wir hätten gewünscht, daß der Minister sich nicht so negativ, sondern positiv ausgedrückt und angekündigt hätte, daß an der Monopolverwaltung unter allen Umständen festgehalten werden soll. Der Abg. Oberhöfer hat von der Monopolverwaltung als von einer sozialisierten Industrie gesprochen und aus den Mischständen, die sich dort in der letzten Zeit ergeben haben, die Folgerung gezogen, daß alle Sozialisierungsbestrebungen sinnlos seien. Es wird wohl das Geheimnis des Herrn Oberhöfer bleiben, was ein Zwischenhandelsmonopol mit der Sozialisierung zu tun hat. Die Anhäufung großer Spiritbestände ist nicht eine Eigentümlichkeit Deutschlands, sondern dieser Vorgang wiederholt sich in allen Ländern. Die Ursache ist der Rückgang des Spiritkonsums seit dem Kriege. An die Stelle des Spirits ist vielmehr die Elektrizität getreten. Wenn die hohen Bestände der Monopolverwaltung den Grund abgeben sollten, gegen das Monopol überhaupt zu sein, so müßten doch die großen Kohlenbestände ein mindestens ebenso stichtaltiger Grund gegenüber der privaten Kohlenwirtschaft sein. Daß der Abg. Schulz-Bahmen seine Unzufriedenheit mit der Monopolverwaltung geäußert hat, kann man verstehen, denn er ist selbst Besitzer einer Brennerei, und es ist ganz natürlich, daß er unzufrieden ist, wenn die Monopolverwaltung die Interessen des Reichs gegenüber den persönlichen Interessen wahrnimmt. Wir verstehen aber nicht, warum die Rechtsparteien gegen das Branntweinmonopol sind. Sie stellen doch die Hälfte der Vertreter im Beirat, und dieser Beirat stellt erst des Brennereirecht fest, dann den Liebernahmepreis und schließlich den Verkaufspreis. Wenn die Monopolverwaltung nicht kaufmännisch wirtschaften kann, so liegt das daran, daß sie durch diesen Beirat allzu eingeeignet ist. Wir müssen uns endlich von der

Interessentenmischheit im Beirat

freimachen. Statt sich gegen das Monopol zu wenden, sollten wir uns vielmehr mit dem Gedanken beschäftigen, wie der Spiritabsatz, besonders für technische und gewerbliche Zwecke gehoben werden kann. Anstatt Benzin in so großem Umfang einzuführen, sollten die Reichsbehörden endlich mehr Versuche zur Verbesserung der technischen Verwertung von Spirit machen, dann würden sich auch die großen Lager halb verringern. Wir wollen, daß die Interessentenmischheit beim Branntweinmonopol endlich aufhört, daß die Verwaltung nur nach solchen Gesichtspunkten handelt, die im Interesse des Staates liegen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Damit ist die Einzelberatung des Finanzetats beendet, und das Haus bewilligt den Etat in zweiter Lesung.

Ohne Debatte werden die Haushalte des Allgemeinen Benzinstands, des Rechnungshofes des Deutschen Reiches und der Haushalt der Reichsschuld in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus wendet sich der Beratung des Gesetzentwurfs über die Änderung des Gesetzes über die Erstattung von

Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen

zu. — Die Regierungsvorlage wollte den Rechtsanwältin als Gebühren bei Armensachen zugestehen an Stelle der vollen Gebühr bei einem Streitwert bis 500 M. 12 M., bis 1000 M. 15 M. und über 1000 M. 20 M. — Der Ausschuss hatte zunächst die letzteren beiden Gebührenbeträge erhöht auf 20 bzw. 35 M. — In weiteren Beratungen ist der Ausschuss schließlich zu dem Ergebnis gekommen, die Regierungsvorlage überhaupt abzulehnen.

Abg. Landsberg (Soz.)

bedauert, daß die Rechtsregierung es für nötig gehalten hat, daß der Reichstag sich mit dem Gesetzentwurf zur Änderung der An-

waltsgebühren in Armensachen befassen müsse. Wenn etwas zu ändern wäre, so hätte man damit warten können bis zur Neuordnung der Anwaltsgebühren überhaupt. Die Regierung hat in ihrer Begründung gesagt, daß die Zahlungen, die Reich und Länder an die Armenanwälte zu leisten hätten, eine Belastung der Allgemeinheit darstellten, die unter den derzeitigen Verhältnissen schlichter unmöglich sind. Berechnet man die Kosten, die an die Armenanwälte gezahlt worden sind, auf den Kopf der Bevölkerung, so ergibt sich ein Betrag von wenigen Pfennigen. Was tut man, um die Belastung zu einer tragbaren zu machen? Man erspart 2 1/2 Millionen, und dann ist die Last auf einmal tragbar. Diese sogenannte Reform richtet sich vor allem gegen die jungen Anwälte, die am wenigsten in der Lage sind, die finanziellen Verluste tragen zu können. Ich hoffe, daß der

Der beschlußunfähige Landtag.

Obstruktion der Rechten.

Der Landtag überwiegt gestern zunächst einen Antrag Dr. v. Campe (D. Sp.), auf das Reich einzuwirken, daß zur Abhilfe der Notlage der Binnenschiffahrt unter Berücksichtigung der Privatschiffahrt ausreichende Kredite zur Verfügung gestellt werden, dem Hauptauschuss.

Hierauf wurde die allgemeine Aussprache über die Grubenicherheit, Betriebsstilllegungen

usw. fortgesetzt.

Abg. Schwefel-Oberhausen (D. Sp.) erklärte, ein Verbot der Schließarbeit würde zu weiteren Stilllegungen führen müssen. Wenn man aber erst flüssige Kohle habe, und dazu werde man ja kommen, allerdings nicht durch Hand-, sondern durch Kopfarbeiter (türkische Unterbrechungen bei den Soz.), dann würden große Abwanderungen aus den Bergwerksgebieten die Folge sein. Das sei von großer Bedeutung für den Mittelstand, denn wenn der Arbeiter kein Geld habe, habe auch der Mittelstand nichts; er leide ganz besonders unter dem Notstand der Bergwerksbedürftigen.

Abg. Oster (Soz.) bekämpft die Ansicht des Ministers, daß man auf das Prämienystem nicht völlig verzichten könne, da es einen Anreiz bedeute für Mehrförderung. 90 Proz. der Bergwerksunfälle seien auf dieses System zurückzuführen. Auch auf Zehne Dorsfeld habe es verheerende Wirkungen gezeigt.

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.) spricht sich dahin aus, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Schließarbeit in der Kohle mit Schlagschlag und Kohlenstaubgefahr vornehmlich bei den Vor- und Ausrichtungsarbeiten möglichst eingeschränkt werde. Seine Partei sei der Auffassung, daß die Staatsregierung bei der Auswahl von Beamten völlig freie Hand behalten müsse. Die Betriebsräte hätten eine zu starke agitatorische Ader gezeigt. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe bei den Soz.) Die deutschnationale Fraktion werde aber, wenn zu Betriebsräten geeignete Leute gewählt werden, nicht gegen diese sein.

Abg. Körner-Reddinghausen (D. Sp.) wendet sich gegen die Kontrolleure der Oberbergämter durch das Gruben sicherheitsamt. Man solle durch eine Bevormundung den Bergbesitzern nicht den Mut, Verantwortung zu übernehmen, rauben. Das beabsichtigte Schließverbot in Aus- und Vorrichtungsarbeiten wird sich nicht generell durchführen lassen. Die Folgen sind Ausnahmen, die dem Zentrum, den Sozialdemokraten usw. bei Eintritt von Katastrophen willkommenen Gelegenheit bieten, gegen die Bergbehörde Angriffe zu richten, um ihre Forderungen durchzubringen.

Nach weiteren kurzen Ausführungen schließt die Aussprache. In der Abstimmung werden die Ausschussanträge unter Ablehnung der Anträge der Kommunisten und der Deutschnationalen, aber mit den von den vereinigten Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum beantragten Änderungen angenommen. Angenommen wurde auch der Antrag der drei Parteien, die Bergregulierungsinspektoren (Einfahrer) künftig aus den Kreisen der bergmännisch vorgebildeten Grubenbeamten mit mindestens 10 Jahren Betriebsbeamtentätigkeit zu entnehmen und den Organisationen der technischen Grubenbeamten Gelegenheit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen, jedoch ohne die Voraussetzung, daß sie Tarifträger sein sollen.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag, monatelange Grubenkontrollen als bald in Verwaltungswegen für den Steinkohlenbergbau bei den Bergregulierungsämtern aus den Reihen der praktisch erprobten Heuer mit mindestens 10jähriger Heuertätigkeit gestellt werden sollen, werden nur 183 Stimmenträger abgegeben. Die Rechte einschließlich der Wirtschaft. Bg. hatten sich der Stimmenabgabe enthalten. Da sich damit die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergibt, letzte Vizepräsident Dr. v. Kreis für sofort eine neue Sitzung mit der gleichen Tagesordnung an, jedoch unter Zurückstellung der weiteren Abstimmungen. Schluß 3 1/2 Uhr.

Die neue Sitzung.

Es steht zunächst zur Beratung der Bericht des Unterrichts- ausschusses über die Anträge usw. die Grundschule betreffend. Berichterstatter ist Abg. Dölze (Dnat.).

Der Ausschuss hat die Anträge betreffend die Einrichtung von Begabtenklassen und den Privatunterricht an Stelle des Unterrichts in der Grundschule abgelehnt und lediglich empfohlen, es bei den bisherigen Bestimmungen über die Aufnahme von Schülern in höhere Lehranstalten zu belassen.

Abg. Dölze (Dnat.) tritt mit großer Lebhaftigkeit für die Einrichtung von Begabtenklassen ein, die den vierjährigen Lehrgang der Grundschule auf drei Jahre verkürzen, und wendet sich entschieden gegen die vom Unterrichtsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz vom 3. April 1925 betreffend die Abkürzung des Lehrganges der Grundschule.

In einer sich anschließenden Geschäftsordnungsaussprache wird gegenüber der Anregung, eine Abendkammer abzuhalten, beschlossen, von einer solchen Abstand zu nehmen, dagegen die Beratung der Anträge über die Pfarrerbesoldung und den Bericht des Untersuchungsausschusses über die Vorkommnisse bei der Landespfandbriefanstalt von der heutigen Tagesordnung abgelehnt. Es wird darauf in der Aussprache fortgesetzt.

Es werden dann die Anträge des Untersuchungsausschusses angenommen, der Antrag der Deutschnationalen wird abgelehnt.

Angenommen wird weiter ein Ausschussantrag, den von dem Schadenfeuer in Kreuzberg am 28. Juni Betroffenen unverzüglich eine Unterstützung zu gewähren und auch auf die Reichsregierung in diesem Sinne einzuwirken.

Das Haus geht dann zur Abstimmung über die Anträge zur Grubenicherheit über. Die Ausschussanträge werden im wesentlichen unter Ablehnung zahlreicher Änderungsanträge angenommen. Bei der erneuten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien auf Einführung von Grubenkontrolluren ergibt sich abermals die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da die Rechtsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei auch jetzt

Antrag der Regierung abgelehnt und der Änderungsantrag zur Annahme gelangt. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiterer Debatte wird der letzte Ausschussantrag, den Gesetzentwurf fallenzulassen, abgelehnt.

Annahme findet der erwähnte Kompromißantrag, der auch bestimmt, daß das Änderungsgezet am 1. August 1925 in Kraft tritt. — Ebenfalls angenommen wird eine Entschließung der hinter der Regierung stehenden Parteien, durch die die Regierung ersucht wird, dafür zu sorgen, daß die Streitwerte in Armensachen nicht zu niedrig bemessen werden.

Die Schlußabstimmung über die Gesetzesvorlage wird auf Antrag des Abg. Koch (Dem.) namentlich vorgenommen. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 206 gegen 163 Stimmen. 5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen wird noch der Gesetzentwurf über die Versorgung der Angehörigen des Reichsstaates und der Reichsmarine sowie ihrer Hinterbliebenen dem Kriegsbeschädigtenausschuss überwiesen. Es folgt noch eine Geschäftsordnungsdebatte. — Dann vertagt sich das Haus auf Sonnabend, 12 Uhr mittags: Handelsabkommen mit Griechenland und kleine Vorlagen.

keine Stimmzettel abgegeben. Es wachte sich eine dritte Sitzung notwendig.

Dritte Sitzung.

In der sofort anberaumten neuen Sitzung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einer

Wirtschaftsbeihilfe an die Beamten der Befoldungsgruppen 1 bis 6.

Der Ausschuss hatte dazu eine Fassung vorgeschlagen, die zum Ausdruck bringt, daß der Landtag der Auffassung der Reichsregierung nicht beizutreten vermag, daß eine Aufbesserung der Beamtensubstanz im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei und die fordert, unverzüglich auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zum mindesten die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten und Lehrpersonen eine Aufbesserung erfahren, die auch den Wartegeldempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen zuteil werden soll. Ferner wird das Staatsministerium im Sinne des sozialdemokratischen Antrages ersucht, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Beamten der Befoldungsgruppen 1-6 bis zum 1. Juli 1925 eine einmalige außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark erhalten, die auch den gleichartigen Angestellten, Wartegeldempfängern usw. gewährt werden soll.

Abg. Kleinmeyer (Soz.) fordert die Annahme des Antrages und stellt die niedrigen Bezüge der unteren Beamtengruppen den Bezügen der höheren Beamten gegenüber.

Eingegangen ist ein Antrag der Sozialdemokraten, der den Termin für die Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe auf den 15. Juli festsetzen will.

Abg. Goff (Z.) weist die Angriffe der Kommunisten zurück und spricht sich im Sinne des Antrages des Hauptausschusses dahin aus, daß den Beamten nicht nur eine einmalige Beihilfe zuteil werden soll, sondern daß ihnen dauernd geholfen werden sollte. Der Hauptausschuss hatte den Antrag des Beamtens Ausschusses wiederum abgeändert und empfohlen: Der Landtag möge beschließen, folgende Entschließung anzunehmen:

a) Der Landtag hält angesichts der in weiten Kreisen der Beamtenschaft herrschenden Notlage eine möglichst baldige Aufbesserung der Dienstbezüge der Beamten für notwendig.

b) Das Staatsministerium wird daher ersucht, unverzüglich in Erwägung zu ziehen, wie dem Bedürfnis nach allgemeiner Aufbesserung wenigstens bei den wirtschaftlich schwächsten Beamten alsbald Rechnung getragen werden kann, dabei

c) eine etwaige Aufbesserung auch den Wartegeldempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen der entsprechenden Beamtengruppen zuteil werden zu lassen.

In einem letzten Absatz soll das Staatsministerium ersucht werden, falls eine allgemeine Aufbesserung in nächster Zeit unmöglich sein sollte, mit der Reichsregierung zu erwägen, ob nicht wenigstens den Beamten der Befoldungsgruppen 1 bis 6 im Laufe des Juli 1925 eine außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 M. zu bewilligen sein möchte, ebenso den entsprechenden Angestellten, Wartegeldempfängern usw. Ein Antrag Meyer-Herfort (Dsp.) auf Schluß der Aussprache wurde gegen die Linke angenommen.

Unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge wurde dieser Antrag des Hauptausschusses mit den Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums gegen die Linke angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Sonnabend, 10 Uhr früh. (Uranträge, keine Vorlagen, Wiederholung der heute ergebnislos gebliebenen Abstimmungen, Ausschussbericht über die Vorgänge im Volkspart zu Halle.)

Verbandstag der Hutarbeiter.

Köln, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Freitag vormittag nahm der Verbandstag der Hutarbeiter den Bericht der Statutenberatungskommission, den Bergmann-Studen erstattete, entgegen. Die von der Kommission gemachten Vorschläge und eine Reihe von Anträgen, besonders über die Beitragszahlungen und die Unterstützungsfälle wurden genehmigt. Einstimmige Annahme fand eine Entschließung, die Schwert-Ludenwalde einbrachte, in der das Verhalten derjenigen Mitglieder mißbilligt wird, die republikanischen Organisationen angehören und in der den Mitgliedern des Verbandes der Austritt aus den bürgerlichen Sportvereinen nahegelegt wird. Ein Antrag, die Beiträge für den Notfonds zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen der Kölner Delegierten angenommen. Die neuen Statuten wurden schließlich in einer Gesamtabstimmung einstimmig gutgeheißen. Ein Antrag Weiskner-Samburg, die Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Breslau sollten sich für die Abschaffung der Technischen Rothilfe einsetzen, fand Annahme. Mit Dankesworten an die Kölner Ortsgruppe des Verbandes wurde der Verbandstag dann geschlossen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 4. Juli:

8 1/2 Uhr: Reichshof; 9 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 10 Uhr: Reichshof.

Morgen, Sonntag, den 5. Juli:

10 Uhr: Reichshof; 11 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 12 Uhr: Reichshof; 13 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 14 Uhr: Reichshof; 15 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 16 Uhr: Reichshof; 17 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 18 Uhr: Reichshof; 19 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 20 Uhr: Reichshof; 21 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 22 Uhr: Reichshof; 23 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 24 Uhr: Reichshof; 25 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 26 Uhr: Reichshof; 27 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 28 Uhr: Reichshof; 29 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof; 30 Uhr: Reichshof; 31 Uhr: Arbeiter Ges. 1/2 Uhr: Schulhof.

Die „Agrarkrise“ kein Preisproblem.

Die Stabilisierung der Getreidepreise.

Wenn man dem Grafen Ranig und den Befürwortern der Agrarzölle glauben will, dann ist der bedeutungsvollste Beweggrund ihres Handelns die Sorge um die Existenzfähigkeit der Landwirtschaft. (Die mindestens ebenso berechtigende Sorge um die Existenzfähigkeit der proletarischen Massen spielt daneben anscheinend gar keine Rolle.) Um diese „Sorge“ glaubhaft zu machen, wird immer wieder auf die „Preisföhre“ hingewiesen und auf künftige mögliche starke Preisermäßigungen für Agrarprodukte. Die Preisbewegung der letzten Monate hat nun aber erwiesen, daß alle Argumente solcher Art keine Berechtigung haben. Der Wissenschaft, die hohe Getreidepreise für längere Sicht vorausgesetzt hat, hat die Entwicklung recht gegeben.

Es ist wichtig für die Propaganda gegen die Schutzzölle, sich dies so klar wie möglich zu machen. Den ersten Anhaltspunkt für die Beurteilung der Situation bietet der Vergleich von Durchschnittspreisen für längere Zeiträume. Da ergibt sich denn, daß die Tonne (1000 Kilo) Weizen bzw. Roggen an der Berliner Börse kostete im Durchschnitt:

	Weizen	Roggen
des Jahres 1913	198,90	164,30
1. Halbjahres 1924	161,25	134,10
2. „ 1924	208,50	190.—
1. „ 1925	255,80	233,20

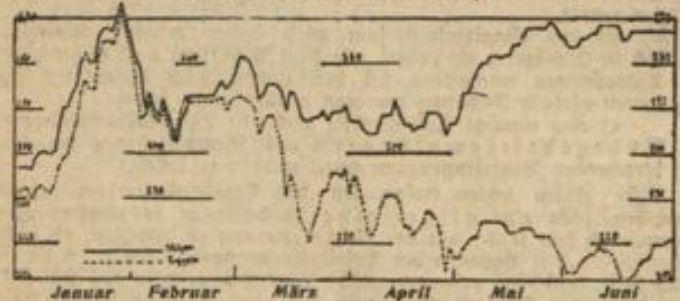
Die Preiskrise des 1. Halbjahres 1924 (im Vergleich zu 1913) hat sich demnach ins Gegenteil verkehrt. Sowohl Weizen- wie Roggenpreise liegen jetzt ganz erheblich über den Preisen des Jahres 1913. Die Steigerung beträgt für Weizen 28,6 Proz. und für Roggen 41,9 Proz.

Es ergibt sich aber weiterhin, daß eine Stabilisierung und (bezüglich der Relation zwischen Weizen- und Roggenpreisen) Normalisierung am Getreidemarkt eingetreten ist. Aus dem wahren Auf und Ab der Preiskurven, aus dem Hin und Her der Spekulation hat sich eine ruhige Preislinie herausentwickelt, die Ausdruck einer gewissen Ausbalancierung von Produktions- und Konsumkraft ist. Die Gegenüberstellung der höchsten und niedrigsten Preise im Verlaufe des ersten Halbjahres 1925, das eben zu Ende ging, mag dafür den Beweis erbringen. Es ergaben sich an der Berliner Börse folgende Preisspannen:

	höchster Weizenpreis	niedrigster Weizenpreis	Differenz	höchster Roggenpreis	niedrigster Roggenpreis	Differenz
1925 Januar	274.—	236,50	37,50	272,50	230.—	42,50
Febr.	261.—	242,50	18,50	256,50	248.—	18,50
März	242.—	247.—	5.—	252,50	220.—	32,50
April	252,50	244.—	8,50	235.—	214.—	21.—
Mai	269,50	249.—	20,50	225.—	216.—	9.—
Juni	268,50	263,50	5.—	221,50	212.—	9,50

Wie man sieht, sind die Preissprünge des Weizens fast kontinuierlich schwächer geworden; es hat ein Angleich der niedrigsten an die höchsten Preise stattgefunden. Umgekehrt ist beim Roggen ein Angleich der höchsten an die niedrigsten Preise erfolgt und damit wieder ein normales Preisverhältnis zwischen Roggen und Weizen geschaffen. Die Stabilisierung der Preise, die der Graf Ranig angeblich durch Zölle herbeiführen wollte (wer's glaubt, bekommt einen Taler), ist also bereits selbsttätig zustande gekommen. Das Bild der Preisbewegung von Tag zu Tag, das die graphische Tabelle widerspiegelt, bestätigt durchaus den Eindruck der oben mitgeteilten Zahlen, läßt als Resultat der Preisbewegung des vergangenen halben Jahres die Stabilisierung der Preise insgesamt und die Normalisierung des Verhältnisses von Weizen- und Roggenpreisen hervortreten.

Die Preisbewegung für Roggen und Weizen an der Berliner Börse im 1. Halbjahr 1925.



Vergleichen wir nunmehr die Durchschnittspreise der einzelnen Monate dieses Jahres mit dem Durchschnittspreis des Jahres 1913, so vertieft sich der Eindruck, daß die Landwirtschaft gegenwärtig wirklich „befriedigende“ Preise erhält. Es kostete an der Berliner Börse im Durchschnitt:

	Weizen mehr als 1913	Roggen mehr als 1913
des Jahres 1913	198,90	164,30
Januar 1925	258,80 27,6 Proz.	247,60 50,7 Proz.
Februar 1925	252,40 26,9 „	250.— 52,2 „
März 1925	252,15 26,8 „	237,45 44,5 „
April 1925	247,15 24,3 „	225,40 37,2 „
Mai 1925	262,65 32,1 „	222,05 35,2 „
Juni 1925	266,75 34,1 „	216,80 32,0 „

Beide Brotgetreidearten stehen demnach gegenwärtig etwa ein Drittel über ihren letzten Vorkriegspreisen. Diese Vorkriegspreise lagen aber weit über den Weltmarktpreisen durch die Auswirkung des Zollschutzes. Die gegenwärtige Preishöhe ist dagegen erreicht ohne Zollschutz. Jedes Argument für die „Notwendigkeit“ von Getreidezöllen ist damit erschüttert.

Welche Bedeutung die gegenwärtige Preishöhe für Weizen und Roggen im Vergleich mit den deutschen Weltmarkt-Vorkriegspreisen hat, verdeutlicht das folgende Schaubild. Es sind einander gegenüber-

gestellt: der Chicagoer Weizen- und Roggen-Durchschnittspreis des Jahres 1913, der Berliner Weizen- und Roggen-Durchschnittspreis des Jahres 1913 und der Berliner Weizen- und Roggen-Durchschnittspreis des 1. Halbjahres 1925 bzw. diese letzteren Preise um die vorgegebenen Vertragszölle von 50 Mark für die Tonne Roggen und 55 Mark für Weizen überhöht.

Getreidepreise 1913 und jetzt.



Die Bedeutung dieser ganzen Preisverhältnisse für die Entscheidung über die Zölle ist, wenn Gründe überhaupt noch etwas gelten, ganz erheblich. Das liegt damit klar, daß sich die Prophezeiungen des Grafen Ranig vom vorigen Jahre und aus den letzten Monaten für eine weitere Zeitspanne als verfehlt erwiesen. Die Richtigkeit der Prophezeiungen der Zöllner, daß nämlich mit Getreideüberschuß und fallenden Preisen zu rechnen sei, ist aber eine wesentliche Voraussetzung für den „Beweis“ der Notwendigkeit der Schutzzölle.

In den jeweils geltenden Preisen sind die Auswirkungen der zu erwartenden Erntemengen bereits im voraus eskompiert. Das ganze Jahr hindurch stehen die Getreidemärkte der Welt unter dem Einfluß von Saatensstandsberichten und Erntevorhersagungen. Das gilt in der Gegenwart nicht weniger, als es in der Vergangenheit galt. So ist auch die jetzige Preislinie bestimmt durch die Vorhersagen der jetzt reisenden, bzw. stellenweise schon im Schnitt befindlichen Ernte. Bedeutende Veränderungen der Ernterergebnisse sind nicht mehr zu erwarten. Es bleibt dabei, daß auch im künftigen Verjorgungsjahr die Brotgetreideknapp bleiben wird. Dem entsprechen die gegenüber Vorkriegszeiten weit überhöhten Weltmarktpreise. Für deren Steigerung ein Beispiel. Es kostete in Chicago der Bushel in Cent:

	Weizen	Roggen
Jahresdurchschnitt 1913	90	63
30. Juni 1925	146	97

Es müßte den Zöllnern schämlich werden bei dieser Erledigung ihrer Argumente durch die Tatsachen. Da ihre Argumente aber von vornherein nur mangelhaft deckende Feigenblätter für ihre wirklichen Absichten waren, so wird ihr Wille, ihre erschöpfene politische Macht für ihre Sonderinteressen auszumunzen, dadurch nicht geschwächt. Um so mehr müssen die Agitatoren des Proletariats auf diese Dinge hinweisen, um so besser die ganze Brutalität des Raubzuges der Brotmacherer entlarven zu können. Joh. Kregen.

Finanzabteilung des Stinnes-Konzerns, Rogalsti, meinte ergänzend mit sehr viel Wohlwollen, daß Stinnes ja schließlich eine Unterstützung durch den Barmer Bankverein keineswegs nötig habe.

Inzwischen scheint den Barmer Bankverein die Verbindung mit dem Stinnes-Konzern, die ihm damals als großer Schlag erschien, teuer zu stehen zu kommen. Die 400 Mill. Aktien im Besitz des Hauses Stinnes entsprachen etwa 7 Mill. Goldmark. Die erste Hälfte von 3½ Mill. hat der Bankverein, als Stinnes' Erben die ersten Verlegenheiten der großen Erbschaft zu überwinden hatten, schon selbst aufnehmen oder von befreundeter Seite aufnehmen lassen müssen. Die zweite Hälfte mußte der Bankverein den Erben Stinnes' lombardieren, als diese Kredite verlangte. Endlich mußte auch der Barmer Bankverein seine Unterstützung und seinen Kredit zur Verfügung stellen, als das Stützungsfortium dem Hause Stinnes zu Hilfe eilen mußte. Aber damit nicht genug.

Jetzt wird gemeldet, daß der Barmer Bankverein die stärkste seiner dauernden Beteiligungen bei anderen Banken, die Aktien-

majorität von 3 Mill. holl. Gulden an der Diskont- und Effektenbank in Amsterdam abstoßen will, von der die holländischen Interessen des Bankvereins verwaltet werden. Wenn nicht alles trügt, dürfte diese Abstoßung der wertvollsten Beteiligung erzwungen sein durch die starke Belastung, die die Kreditaffären des Hauses Stinnes dem Barmer Bankverein gebracht haben. Die schwierige Lage der Montanindustrie im Ruhrgebiet, mit der der Bankverein naturgemäß stark arbeitet, dürfte die Situation auch nicht erleichtert haben.

Wie alles, was heute mit dem Hause Stinnes und zu seiner Stützung geschieht, nicht nur symptomatisch, sondern auch in hohem Maße entscheidend für die Lage der Gesamtwirtschaft ist, so würden auch Verlegenheiten für die an der Firma Stinnes interessierten Banken von weittragender allgemeiner Bedeutung sein. Jedenfalls sind alle Vorgänge im Barmer Bankverein für die allgemein wirtschaftliche Seite der Stinnes-Krise von erheblicher Bedeutung, und die Öffentlichkeit wird ihnen ihre ständige Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Wie wir erfahren, ist die Abstoßung des Aktienpakets an der Diskont- und Effektenbank Amsterdam durch den Barmer Bankverein schon eine vollzogene Tatsache. R.-T.

Waldbestände des Stinnes-Konzerns.

Wie gemeldet wird, hat die Firma Stinnes 10 000 Morgen ihres Waldbestandes, die mit den Gütern Judow, Groß-Spiegel, Sponbrügge und Neuspringe verbunden sind, verkauft. Käufer ist der preußische Forstfiskus. Es ist zu erwarten, daß die Waldbestände des preußischen Staates unter rein kaufmännischen Gesichtspunkten, nicht zu Stützungszielen erfolgt sind. Jedenfalls wäre es notwendig, daß sich das preußische Finanzministerium über die Bedingungen der Waldbestände äußert, ebenso über die Bedingungen, zu denen Hugo Stinnes während der Inflation das Hamburger Hafengelände vom preußischen Fiskus erworben hat, das dieser zum Preise von 5 Mill. Mark jetzt vom Hause Stinnes zurückgekauft hat.

Einer Äußerung des preußischen Pressedienstes entnehmen wir, daß die Waldbestände zu sehr parteihaften Bedingungen für den Staat erfolgt seien und daß die Person des Verkäufers dabei nicht die geringste Rolle gespielt habe. Der Verkauf sei zur Abrundung angrenzender Staatswaldungen erfolgt und um die auf der Kauffläche noch vorhandenen Waldbestände vor der Abholzung zu retten.

Diese Erklärung ist zu begrüßen. Sie enthebt aber das preußische Finanzministerium nicht der Pflicht, da es sich um die Anlage von steuerlichen Mitteln handelt, der Öffentlichkeit über die Modalitäten noch im einzelnen Rede und Antwort zu stehen.

Gegen schützöllnerische Interessentpolitik.

Die „Wirtschafts- und Exportzeitung“, das amtliche Organ des Leipziger Reichsanwalts, wendet sich in Nr. 40 vom 1. Juli gegen die Forderung hochschützöllnerischer Kreise, alle Kräfte auf die Stärkung des inneren Marktes zu verwenden, da eine Wiederbelebung des Exports doch eine Illusion sei. Dabei werde unter dem „inneren Markt“ in erster Linie die Landwirtschaft verstanden, während die Stärke der Kaufkraft der industriellen Bevölkerung keineswegs derselben Aufmerksamkeit gewürdigt werde. Das Blatt führt weiter aus:

„Die Existenznotwendigkeiten der Landwirtschaft in Ehren, aber niemand würde unter einer Abschließung Deutschlands vom internationalen Warenaustausch auf die Dauer schwerer zu leiden haben, als eben die Landwirtschaft. Denn man verrät kein Geheimnis, daß der Produktionsapparat der deutschen Industrie gegenwärtig im Vergleich zu dem enormen technischen und organisatorischen Fortschreiten des Auslands außerordentlich zurückgeblieben ist, und daß andererseits die Landwirtschaft mehr denn je auf die Anwendung höchstentwickelter industrieller Methoden angewiesen ist, ja, daß sie sich um so mehr industrialisieren muß, je mehr sie darauf ausgeht, den Inlandsbedarf, soweit als irgendmöglich, selbst zu decken.“

Eine Beschränkung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den inneren Markt müßte binnen ganz kurzer Zeit zu einer völligen Ueberlastung des gesamten industriellen Apparats führen, und die gesteigerte Kaufkraft der Landwirtschaft würde dieser nichts mehr nützen, da sie kein Gegengewicht in einer entsprechend gesteigerten Kaufkraft der Verbraucher landwirtschaftlicher Erzeugnisse mehr fände. . . .

Schnürt man die deutsche Industrie so weit vom Weltmarkt ab, daß sie technisch und organisatorisch noch mehr als jetzt schon rückständig wird, so kann der Konkurrenzkampf nur noch durch einen ungeheuren Druck auf die Löhne eine Zeit lang (!) (auch nur eine Zeit lang) durchgehalten werden, und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse würden daher, insbesondere soweit sie Qualitätsprodukte sind, einer immer mehr verarmenden industriellen Bevölkerung gegenüberstehen, von der sie nicht mehr aufgenommen werden können.“

Diese Darlegungen decken sich vollkommen mit den Gründen, die von den Vertretern der Wissenschaft gegen die Agitation der Hochschützöllner beigebracht worden sind. Auch die Sozialdemokratie wird nicht müde, zu betonen, daß die Abschließung der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt der Landwirtschaft keinen Nutzen, der Gesamtwirtschaft aber unermesslichen Schaden bringen muß. Die Schutzöllner lassen sich jedoch nicht von Gründen der wirtschaftlichen Vernunft und der wissenschaftlichen Erkenntnis leiten, sondern lediglich von ihren eigenen engherigen und kurzfristigen Interessen. Die arbeitende Bevölkerung, die alle Lasten einer verfehlten Handelspolitik tragen muß, hat allen Anlaß, auf der Wacht zu sein und die Ansätze der agrarischen und schwerindustriellen Interessenten zu nichte zu machen!

Die Verlangsamung des Kapitalumlaufes, die regelmäßig ein Zeichen kritischer Anspannung der Wirtschaft ist, kommt auch in den Berichten der preußischen Handelskammer für den Monat Juni zum Ausdruck. Das preußische Handelsministerium faßt diese Berichte folgendermaßen zusammen: Trotz der Besserung des Arbeitsmarktes und der geringen Entspannung der Handelsbilanz übten die noch ungelösten politischen Fragen des Sicherheitspaktes, der Entwaffnungsquote, der Neugestaltung der Reichssteuern, der Zollvorlage und der Handelsverträge in Verbindung mit einem merklichen Rückgang der Aufträge in einer größeren Zahl von Wirtschaftszweigen einen starken Druck auf die Stimmung aus, die sich besonders an der Börse auswirkte. Hinzu kam die Kapitalnot einiger großer Unternehmungen und bei diesen Unternehmungen das Fehlen des nötigen Betriebskapitals, was zum Teil darauf zurückzuführen wird, daß die Umschlagsgzeit des Kapitals infolge der weitgehenden Kreditierungen an die Abnehmer erheblich verlängert ist.

Große Beamtenentlassungen bei Thyssen. Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ ist in der Vorhergenannten in Hamburg abgehaltenen Direktionsitzung der Firma Thyssen beschloffen worden, weitere 30 Proz. der Beamten abzubauen. Die Entlassungen erforderten sich von den Direktionsmitgliedern bis zu den untersten Beamten. Ferner wurde beschloffen, die Hochofenanlage 7, die in dieser Woche in Betrieb genommen werden sollte, nicht anzubauen. Verschiedene Hochöfen sind bereits außer Betrieb, mehrere Zylinder wurden aufgehoben bzw. zusammengelegt.

Barmer Bankverein / Stinnes-Konzern.

Als der Barmer Bankverein im Frühsommer 1924 durch Abtretung von 400 Mill. junger Aktien (= 1/3 des damaligen Aktienkapitals) an Hugo Stinnes seine Dienste dem Stinnes-Konzern zur Verfügung stellte, war die Vermutung des Bankvereins rosigster Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung voll. Im Juni 1924, als Stinnes ein Uebernahmerecht für die zweiten 200 Mill. Bankaktien verlangte, beschwichtigte die Verwaltung den heißen Widerspruch gegen die Stinnesforderung der Bank mit einem Loblied auf den neuen Großaktionär. Im Verhältnis zum Stinnes-Konzern sei dieser immer der gebende, der Bankverein immer der nehmende Teil gewesen. Würde wie beabsichtigt, dem Barmer Bankverein die Finanzabteilung der Firma Stinnes als Gegenleistung übertragen, so bedeute das für den Bankverein eine gewaltige Kräftigung und einen gewaltigen Zuwachs an Kreditbedeutung und finanziellen Mitteln. Der als persönlich haftender Gesellschafter eintretende Chef der

Zoll-Legende.

Herr Jesus durch die Felder geht,
Der Sommerwind singt sein Gebet:
„Gib uns unser täglich Brot.“
Es reißt das Korn auf goldnem Halm,
Das Weckvorn schwingt in Dunst und Qualm
Und blasse Kinder leiden Not.
Bald mahlen Mühlen Tag und Nacht
Und reichlich wird euch Brot gebracht, —
So sinnt der Heiland liebevoll.
Da klagt es in den Halmen schwer:
„Und gibst du mehr und immer mehr,
Der Armut frist's der Hungerzoll!“

Bruno Schönlank.

Tetuan, eine Fata Morgana.

Von Lola Landau.

Das Schiff, entkettet, stößt mit schrillen Tauschen ab; Spanien, Europa entgleitet. Der Hafen von Algeciras, ein weißer Halbkreis freundlicher Häuser, zerfließt allmählich, vom tiefblauen Horizont aufgefogen. Unser Schiff, eine schwimmende Brücke, treibt uns in zwei Stunden von Europa nach Afrika hinüber, das bald in gespenstischen Umrisen auf der Schneide von Meer und Himmel erscheint. Europa aber, das wie eine kleine Insel hinter uns im Meere versinkt, wächst plötzlich zur großen Heimat, die wir verlassen. Denn auch unser Heimatgefühl, das sich in Spanien, von so vielem Fremdartigen bestürzt, immer nach Deutschland wandte, dehnt sich angesichts des neuen Erdteils und verschwimmt zum weiten europäischen Bewußtsein. Selbst Gibraltar, das drüben aus dem Meer, ein zyklonischer rostgelber Felsenblock, hochragt, ist nicht allein England, das sich dort im Stachelnest seiner Festung birgt; dort liegt der letzte Stein Europas, der steinerne Riegel vor seiner Tür.

Sind doch erst wenige Jahrhunderte vergangen, daß das Afrika der Mauren Europa überschwebte und, Spanien mit seiner hohen Kultur überwachend, seine Moscheen und Blumenhöfe, seine Sitten und Gebräuche und nicht zuletzt das Blut seiner Rasse im Lande zurückließ. Heute dringt das bewaffnete, technisch rostlose Europa in Afrika ein, um Marokko rein äußerlichen wirtschaftlichen Interessen zu unterwerfen.

Unser Schiff, überfüllt von spanischen Soldaten und Offizieren, erweckt den Eindruck eines Kriegstransportes. Unter den lastschwarzen, landsknechtlich aufgelaupen Helmen blicken gutmütig und harmlos die Gesichter der Feldgendarmen hervor. Junge Soldaten liegen schlafend auf dem Deck, andere lehnen schwägend mit dem leifen phlegmatischen Lächeln des Spaniers am Geländer des Schiffs. Dies sind keineswegs die Gesichter freiwilliger Eroberer, und dieser spanisch-marokkanische Feldzug ist kein Volkskrieg, sondern die kalte Ueberlegenheit eines Staatsmannes, die vor dem fanatischen Widerstand der arabischen Gebirgstämme zurückprallt.

Die südliche Sonne schleudert ihre blühenden Messer auf die Wellen; plötzlich erschließt sie mit ihrem schneidenden Licht die afrikanische Küste, die mit ihren fahlen rötlichen Felsenzügen die Südküste Spaniens zu wiederholen scheint.

In Ceuta, im marokkanischen Hafen, ist auch noch das afrikanische Antlitz vom europäischen verdrängt. Ein Gewimmel von Soldatentransporten erfüllt ihn mit dem Lärm eines Heerlagers. Nicht vor dem Hafen hält der Zug nach Tetuan, an seinem Kopf wie am Ende Waggons mit Maschinengewehren, um die Fahrt vor Ueberfällen der Araber zu sichern. Wie Pfähle tauchen an der Bahnstraße Militärposten auf, erstarrte Uniformen. Nachts, wenn sie zurückgezogen werden, schleicht sich der heimliche Nord von den offenen Kampfpflügen das Gebirge herunter. Diese Schienen laufen erbarmungslos in den Krieg. Zu ihren Seiten dehnt sich Brachland, die buschige Steppe, jetzt im afrikanischen Frühling mit mildblühenden Büschen besät, die in glutroten, gelben und tiefblauen Farben aufflammen.

Inzwischen hat sich phantastisch das Bild im Zuge gewandelt. Hochgewachsene Araber mit Turbanen, den braunen buntgewirten Mantel lose über die Schulter geworfen, schreiten durch die Gänge der Wägen. Schreiten! — Denn selbst im Gedränge der Bahnhöfe fällt uns zuerst die Würde des gemessenen Ganges auf, die den Mauren eigen ist. In dieser Haltung prägt sich das ungeheure Selbstbewußtsein und zugleich die Selbstgenügsamkeit dieser Rasse aus, welche die Schätze ihrer Kultur vor Fremden fast verächtlich verschleht.

Am Fenster sieht eine verschleierte Frau, ein weißes geheimnisvolles Stoffbündel. Denn nicht nur das Gesicht ist bis auf den Schatz der Augen mit Tüchern dicht zugezogen; alle weiblichen Formen werden durch das weiche satartige Gewand verbüllt, und selbst die Füße sind mit weißen dicken Binden umwickelt, so daß sie nicht einmal die zarte Linie der Frauenglieder ahnen lassen.

Tetuan, in das wir jetzt einfahren, gleicht dieser Frau, ein weißes, undurchdringliches Geheimnis! Diese Stadt, die seit 500 Jahren unter europäischer Herrschaft steht, ist unheimlich, unzerstörbar in ihrem eigentlichen Leben geblieben, eine verschlossene Festung alter arabischer Kultur. Die Spanier, die auf dem offenen Platz des europäischen Viertels in den hübschen Kaffeepavillons umherschlendern, wirken mehr als beobachtende Gäste, denn als Herren der Stadt, fremde Figuren, die aus einer anderen Dekoration von der Weltregie mitten in dieses rein orientalische Bühnenbild hineingeschoben wurden.

Von diesem Platz aus sieht man die eigentliche Araberstadt mit ihren Flachdächern wie ein hingeworfenes hellglühendes Würfelstück auf dem Hügel liegen. Hier glaubt man mit offenen Augen zu träumen. Bilder aus uralten Märchenbüchern nehmen leibhaftige Gestalt an, die großen Schattten der Bibel wandeln vor uns her. Ein Araber sprengt in rasendem Galopp auf seinem wilden Pferd die Gasse hinauf; die düstere heidnische Schönheit seines Kopfes unter dem orangefelnen Turban zuckt wie ein Blitz vorüber. Aus dem Schatten eines Toreingangs treten zwei verschleierte Frauen. Unter der Vermummung klickert eine alte gebrechliche Stimme, und eine junge blühende Stimme antwortet. Mitten auf der Straße lauern mit untergeschlagenen Beinen weißbärtige Männer vor einem Eckbrett umher. Tief in das Spiel versunken strahlen diese ruhevollen prophetischen Gesichter eine unergründliche Weisheit aus.

Tiefer verschlingt uns das Labyrinth der Stadt, aus der wir nicht mehr herausfinden können. Zwischen den nackten fenstertosen Mauern wendet sich die Straße, eine Kymale, welche Schlange, durch Hohlwege, unter Torbögen, in endlosen Krümmungen ohne Namen und Ziel. Nur die in die Mauer eingelassenen Holztüren verraten, daß sich dahinter die Wohnungen der arabischen Familien verbergen.

Soldaten und Tote.



**Wann schließt ihr den wirklichen Friedenskontrakt,
Wann schwindet der Wahnsinn, der böse?
Wann kommt uns der richtige Sicherheitspakt,
Der die harrenden Völker erlöse!**

**Und die Stimme der Toten ruft laut aus dem Grab:
„Genug jeht der grausigen Trümmer!
Legt endlich die blutige Rüstung ab!
Doch die Truppen marschieren noch immer . . .“**

Ein Portal mit prächtigen Messingbeschlägen öffnet sich für uns durch besondere Günst, so daß wir das Innere eines vornehmen arabischen Hauses betreten können. Der viereckige Innenhof unter offenem Himmel mit der weißen bunten Kühle seiner Rosetten und der Melodie seiner Springbrunnen ladet ein wie ein großer Festsaal. Eine Balustrade in arabischen Arabesken läuft heiter um sein oberes Stockwerk. Von diesem Hof zweigen alle Räume des Hauses ab. In einem Zimmer wird uns das mit bunten Decken überledene Bett gezeigt, in dem die Braut die letzten Tage vor der Hochzeit ruhend verbringen muß. Leider sind die Teppiche dieses reichen Hauses nur unedle Nachahmungen; aber trotz alledem wirkt der Reiz dieser Räume mit den tiefen breiten Sitzpolstern und den strotzenden Farben gegen die silberne glatte Kühle der Wände phantastisch.

Die junge Frau des Hauses begrüßt mich unverschleiert. Da sie nur arabisch spricht, können wir uns leider nur durch Gebärden verständigen. Ihre sanften schwarzen Augen, in denen eine feine Klugheit glimmt, fragen mich verwundert und fast mißbilligend nach dem Leben der europäischen Frauen. Ein spanisches Wort spricht sie stammelnd aus. „Nino? Kind? Sie fragt mich, ob ich Kinder habe. Als Mütter lächeln wir uns plötzlich an, ohne einer Sprache zu bedürfen.“

Ich erfuhr dann später, daß gerade hier das Leben der orientalischen Frau, vielleicht aus Schutz gegen den fremden Einfluß, mit besonderer Strenge umgittert wird, und sie selbst, ohne vom Luftzug der neuen Zeit berührt zu werden, willig alle Vorschriften befolgt. Die wohlhabende Araberin ist müßig in ihrem Hause; aber die arme Orientalin ist ein Kastrier, das dem Manne dient. Hier wird die Strohenreinigung nur von arabischen Frauen besorgt, die in glühender Sonne, über der weißen Maske des Gewandes den gelben riesigen Strohhut, die schwere Arbeit verrichten.

Verhüllt der Araber sein Familienleben, so spielt sich dafür alles andere, Geschäft und Vergnügen, auf der Straße ab. Das Labyrinth der Gassen öffnet sich plötzlich zu einem Lichtreis, dem offenen Bazar, einem Platz farbigsten Gewimmels. Flach auf der Straße liegen auf Tüchern ausgebreitet die frisch gebackenen Brote zum Verkauf, daneben Früchte, Gemüse, alles auf dem holprigen Tisch der Straße. In den Verkaufständen, bewimpelt von grellen Stoffen, lauern oder liegen die Verkäufer wie in halboffenen Sänften und schauen fast regungslos auf den Platz. Ohne mit der leisesten Geste Käufer heranzuladen oder etwa zurückzuhalten, tragen die Araber beim Geschäft dieselbe gelassene Würde zur Schau, die ihnen jene unergleichliche Haltung verleiht. Man hört keinen Streit, kein Geschrei, kein Schimpfwort, wie wir es auf südländischen Märkten mit dem Gekreisch vogelähnlicher Stimmen so oft vernommen hätten. Trotz des schallenden Lärms der Farben und der Ueberchwemmung von Licht ist der heiße wilde Glanz dieses Lebens doch irgendwie gebannt in einer großen Ruhe. Wir sind in Afrika an der Schwelle des Orients.

In vielen Verkaufszelten sehen wir die Handwerker bei der Arbeit. Aus der unendlichen Geduld der arabischen Hände wachsen die kunstvollen Ornamente, Blättchen um Blättchen in Leder gestochen oder in Stahl geritzt. Ein neunjähriger Knabe sitzt den ganzen Tag über einer Ledertasche gebückt. Seine dunklen schönen Augen lachen uns an, während er mit der Gelassenheit des Orientalen unverändert in seiner Lage bleibt.

Ueber dem Platz aber schallt unaufhörlich wie mit dumpfen Hämmern die Musik aus dem Kaffeehaus, das einer schwankenden Holztafel ähnlich sieht. Die Treppe ist so schmal und steil, daß wir uns an einem Seil daran hochziehen müssen. In einer Ecke auf dem Boden lauern die Musikanten, die zu dem Wirbel von Zug- und Schlaginstrumenten mit seltsamen Rehlauten ihr Lied anstimmen. Der abgehakte eintönige Rhythmus des Liedes, wie ein Wüsten-

gefäng in endloser Wiederholung aufheulend, hat eine aufreizende und betäubende Gewalt, und während wir an dem hellgrünen süßen Pfefferminztee nippen, fallen die Töne, prasselnde Schläge auf unseren Kopf. Benommen lassen wir uns an dem Seil herab, wie von einem gefährlichen einstürzenden Turm.

Anzwischen ist der Bazar leer geworden, der Abend hereingebrochen. Die weiße Schlange der Gassen hat sich im Dunkel zusammengerollt. Nur einzelne schwache Wachsflecker zeigen den Weg. Da erdröhnt wieder das dumpe Getöse ferner Musik, das durch den Hohlweg heraufschwillt. Das Rasseln von Trommeln, das schrille Zirpen der Gitarren, das Fauchen der Trompeten, ein wildes Geröll heller und dunkler Töne, die durcheinander geschüttelt werden! Dies ist kein Gefang, ein Festmarsch bläst durch die Stadt. Kinder stürzen voran, ein arabischer Hochzeitszug folgt ihnen. Rannshöhe flackernde Kerzen werden vorangetragen, ihr Licht rinnt die Gasse entlang. Männer in weißwogenden festlichen Mänteln führen die prächtig geschirrten Maultiere. Auf den gestickten feuerroten Sätteln der Tiere schaukeln die schweren Truhen, man bringt die Hochzeitsgaben in das Haus der Braut. Keine Frau, nur Männer bewegen sich in stolzer Anmut im Zuge. Wo aber ist die Braut selber? Sie wartet geschmückt im Frauenhause, bis der Bräutigam sie mit seinem Gepränge holt. Welcher Psalm von Hochzeitsjubel der Cimbeln und Paufern durchschallt diese vergaube Stadt!?

Als der Zug vorüber ist, starren wir ihm nach wie einer geisterhaften Erscheinung. So bleibt Tetuan in unserer Erinnerung eine Fata Morgana. Wer diese Stadt, eine Augenblendung, einmal aufsuchen sah, der wird sie am Horizont des grauen europäischen Himmels immer mit sehnsüchtigen Blicken suchen.

Das Glück im Koffer. Wie eine Lustspielidee mutet es an, wenn man liest, daß ein Mensch, der reiche Schätze besitzt, sich selber größte Beschränkung auferlegt, nur um sich von keinem Goldstück, keinem Stein trennen zu müssen. Daß sich indessen solche Fälle in Wahrheit zutragen, zeigt folgendes Ereignis: Einmal verunglückte ein holländisches Dienstmädchen in der Scheide tödlich; man untersuchte ihre Sachen und fand einen Juwelenkoffer von großem Wert. Natürlich erregte es Erstaunen und Aufsehen, daß eine einfache „Dienstmagd“ im Besitz solcher Reichtümer sei. Schon wollte man an gestohlenen Gut glauben, da entdeckte man in ihren Papieren, daß es sich gar nicht um ein einfaches Landmädchen, sondern um die Baronin Solis handelte, eine Dame aus dem österreichischen Hochadel, die durch die Inflation ihr ganzes Vermögen verloren hatte und nur mehr ihren allerdings unermesslich wertvollen Schmuck besaß. Obwohl die Hälfte des Schmucks selbst für vermehrte Zwecke genügt und der Verkauf der anderen Hälfte ihr ein sorgenfreies Leben gesichert hätte, konnte sie es nichts übers Herz bringen, sich auch nur von einem einzigen Stück zu trennen. So packte sie den ganzen Schmuck in ihren Koffer, fuhr nach Holland und verdingte sich dort unter falschem Namen als Dienstmädchen. Als solches konnte sie zwar niemals den wunderbaren Schmuck tragen, der lag im Koffer, aber — sie besaß ihn, und das war ihr ein Leben als Dienstmagd wert! Jeder lebt nach seinem Geschmack.

Rosentorrede. Der älteste Rosenstrauch, den es wohl auf Erden gibt, ist die hochberühmte Pflanze, die jedem Besucher des Hildesheimer Domes an der Wand des idyllisch gelegenen Hofes gezeigt wird. Der Hildesheimer Rosenstrauch läßt sich bis ins 11. Jahrhundert zurückverfolgen. Zu den größten Rosenbäumen, die es gibt, gehört der Strauch am Schloß von Chillon am Genfer See, und ein nicht minder stattliches Exemplar ist der Rosenbaum in den öffentlichen Anlagen von Toulon, der sich über einen Raum von 80 Fuß Länge zu 15 Fuß Breite erstreckt und der schon bis zu 5000 Blüten zur selben Zeit getragen hat. Der größte Rosenbaum, den es gibt, soll aber nach einer Zusammenstellung in einem englischen Fachblatt die Pflanze des Behrlegartens in Friesburg sein; es ist eine milde Rose, auf die vor 40 Jahren eine Teerose gepfropft wurde. Dieser Rieserosenbusch ist 120 Fuß hoch.

